



Institut für Gesellschaftspolitik und Sozialpolitik

LVA: IK Politische Ideen der Gegenwart

LVA-Nr.: 229.014, SS 2018

LVA-Leitung: Mag. Hansjörg Seckauer

Bachelorarbeit zum Thema

Neoliberale Think Tanks und Sozialpolitik

Eingereicht am: 17. September 2018

Verfasst von: Evelyn Höllwirth

Matr.-Nr.: 00055247

SKZ 528

Inhaltsverzeichnis

| | |
|---|----|
| Abkürzungsverzeichnis | 3 |
| Abbildungsverzeichnis | 4 |
| 1 Einleitung..... | 5 |
| 2 Grundlagen des Neoliberalismus | 6 |
| 2.1 Begriff und Ursprung..... | 6 |
| 2.2 Neoliberale Strömungen | 9 |
| 2.2.1 Ordoliberalismus | 9 |
| 2.2.2 Angloamerikanischer Neoliberalismus | 11 |
| 2.3 Entwicklung des Neoliberalismus in Österreich..... | 12 |
| 3 Think Tanks | 14 |
| 3.1 Begriff und Kategorisierung | 14 |
| 3.2 Aufgaben und Funktionen | 17 |
| 3.3 Entstehung und Bedeutung | 18 |
| 4 Neoliberale Think Tanks in Österreich..... | 20 |
| 4.1 Entwicklung und Vernetzung neoliberaler Think Tanks in Österreich | 20 |
| 4.2 Hayek-Institut | 25 |
| 4.3 Agenda Austria | 26 |
| 4.4 EcoAustria | 28 |
| 5 Neoliberale Think Tanks und Sozialpolitik | 29 |
| 5.1 Sozialpolitische Themenwahl von Think Tanks | 30 |
| 5.2 Neoliberale Argumentationen am Beispiel des Pensionssystems | 35 |
| 6 Zusammenfassung und Fazit..... | 41 |
| Literaturverzeichnis..... | 45 |

Abkürzungsverzeichnis

| | |
|------------|--|
| AMS | Arbeitsmarktservice |
| ASVG | Allgemeines Sozialversicherungsgesetz |
| BIP | Bruttoinlandsprodukt |
| BMASGK | Bundesministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz |
| bspw. | beispielsweise |
| bzw. | beziehungsweise |
| EU | Europäische Union |
| ETH Zürich | Eidgenössische Technische Hochschule Zürich |
| IHS | Institut für höhere Studien |
| IV | Industriellenvereinigung |
| MPS | Mont Pèlerin Society |
| NGO | Non-governmental organization |
| ÖGB | Österreichische Gewerkschaftsbund |
| RAND | Research ANd Development |
| u.a. | unter anderem |
| vgl. | vergleiche |
| WIFO | Wirtschaftsforschungsinstitut |
| z.B. | zum Beispiel |

Abbildungsverzeichnis

| | |
|---|----|
| Abbildung 1: Vernetzungen mit Institutionen und Personen | 23 |
| Abbildung 2: Institutionelle Vernetzung und Gründungsjahr | 24 |

Neoliberale Think Tanks und Sozialpolitik

1 Einleitung

Die vorliegende Arbeit beschäftigt sich mit neoliberalen Think Tanks und deren Standpunkten zu sozialpolitischen Themen in Österreich. Dieses Thema ist von Relevanz, da Think Tanks im Prozess der politischen Meinungs- und Willensbildung eine bedeutende Rolle spielen können (vgl. Girkinger 2007, 201). Neoliberale Think Tanks stellen eine wesentliche Säule bei der Verbreitung und Implementierung von neoliberalen Haltungen dar, da sich der Neoliberalismus nicht auf eine rein wissenschaftliche Ebene beschränkt, sondern auch die realpolitische Umsetzung seiner Positionen zum Ziel hat (vgl. Ptak 2008, 73ff). So hatten neoliberale Think Tanks bspw. einen wesentlichen Einfluss auf den Wahlsieg von Margaret Thatcher im Jahr 1979 in Großbritannien (vgl. Nordmann 2005, 231) als auch auf den Erfolg der Regierung unter Ronald Reagan in den 1980er Jahren in den USA (vgl. Ptak 2008, 79). Diese beiden Wahlsiege stellten bedeutsame Meilensteine bei der neoliberalen Wende dar und hatten u.a. zur Folge, dass der Wohlfahrtsstaat unter Druck geriet und folglich Sozialleistungen massiv gekürzt wurden (vgl. Ther 2014, 47ff).

Während Think Tanks in Ländern wie z.B. den USA bereits seit Jahrzehnten großen Einfluss auf öffentliche Debatten haben, spielen Think Tanks in Österreich derzeit noch eine vergleichsweise geringe Rolle (vgl. Kolm 2011, 107). Allerdings hat sich die Anzahl von Think Tanks im letzten Jahrzehnt auch in Österreich stark erhöht, vor allem die Anzahl von „advokatorischen Think Tanks“ mit einer eindeutigen ideologischen Ausrichtung (vgl. Schlögl/Plehwe 2015, 28f).

Diese Entwicklung soll im Rahmen dieser Arbeit näher beleuchtet werden. Das Ziel dieser Arbeit ist es herauszuarbeiten, welche Think Tanks mit neoliberaler Ausrichtung in Österreich von besonderer Bedeutung sind, und zu analysieren, welche sozialpolitischen Themen von diesen schwerpunktmäßig zur Diskussion gestellt werden. Es soll dargestellt werden, welche Kritikpunkte neoliberale Think Tanks anführen und wie Veränderungsbedarfe von ihnen argumentiert werden.

Die vorliegende Arbeit basiert daher auf folgenden Forschungsfragen:

- *Welche neoliberalen Think Tanks spielen in der österreichischen sozialpolitischen Diskussion eine Rolle?*

- *Welche sozialpolitischen Themen stehen im Fokus von neoliberalen Think Tanks in Österreich?*
- *Warum werden diese Themen zur Debatte gestellt und welche Veränderungen werden angestrebt?*

Die vorliegende Arbeit beginnt mit einer grundlegenden Beschreibung des Neoliberalismus. In diesem Kapitel werden der Begriff, der Ursprung und die wichtigsten beiden Hauptströmungen des Neoliberalismus erläutert und dessen Entwicklung in Österreich dargestellt. Im dritten Kapitel wird zunächst auf den Begriff „Think Tank“ eingegangen und die unterschiedlichen Kategorien von Think Tanks beschrieben. Ziel dieses Kapitels ist es auch, die Aufgaben und Funktionen sowie die Entwicklungsgeschichte von Think Tanks herauszuarbeiten. Im vierten Kapitel wird beschrieben, wie sich neoliberale Think Tanks speziell in Österreich entwickelt haben und wie diese mit anderen Think Tanks bzw. mit Vertretern aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Medien vernetzt sind. Daraus aufbauend werden bedeutsame Think Tanks ausgewählt und näher beschrieben. Das fünfte Kapitel beinhaltet eine Analyse, welche sozialpolitischen Themen von den ausgewählten Think Tanks vorrangig zur Diskussion gestellt werden, und welche Ziele und Wirkung diese mit der sozialpolitischen Intervention erreichen wollen. Abschließend wird an einem zentralen Thema – dem österreichischen Pensionssystem – nochmals dargelegt, welche Sichtweisen und Argumentationen neoliberale Think Tanks dazu im Detail vertreten.

2 Grundlagen des Neoliberalismus

Im folgenden Kapitel wird zunächst der Begriff und Ursprung des Neoliberalismus beschrieben. Anschließend wird auf die beiden wichtigsten Hauptströmungen eingegangen und die Entwicklung des Neoliberalismus speziell in Österreich dargestellt.

2.1 Begriff und Ursprung

Der Begriff Neoliberalismus setzt sich aus „Neo“ („neu“) und „Liberalismus“ zusammen und bedeutet daher neuer Liberalismus. Seine Wurzeln hat der Neoliberalismus somit im klassischen Liberalismus, welcher sich im 17. und 18. Jahrhundert als Gegenreaktion auf die Allmacht von absolutistischen Herrschern und der Kirche bildete (vgl. Crouch 2011, 21f) und dessen zentrale Ziele der Schutz der Autonomie und der ökonomischen und politischen Freiheit des Einzelnen ist (vgl. Lenk/Franke 1991, 65).

Der Begriff „Neoliberalismus“ selbst lässt sich nicht eindeutig definieren, da dieser einerseits sehr breit angelegt ist und sich der Begriff auf „*eine Ideologie, einen Denkstil, eine Theorie, eine wirtschaftswissenschaftliche Schule, einen Regierungsstil oder eine Gesellschaftsphilosophie*“ (Nordmann 2005, 15) beziehen kann. Andererseits umfasst der Neoliberalismus wiederum verschiedene Ausprägungen, die sich historisch unterschiedlich entwickelt haben (vgl. Walpen 2000, 1067). Grundsätzlich lässt sich festhalten, dass unter Neoliberalismus im wirtschaftspolitischen Sinn die westliche Politik ab Ende der 1970er Jahre verstanden wird, welche auf einen selbstregulierenden Marktmechanismus setzt und nicht nur den wirtschaftlichen Bereich, sondern auch weitgehend den staatlichen und gesellschaftlichen Bereich nach dem Prinzip des freien Marktes regeln will (vgl. Nordmann 2005, 15).

Um den Neoliberalismus näher zu beschreiben, wird im Folgenden auf dessen Ursprung eingegangen. Dieser hängt mit dem Untergang des Laissez-faire-Liberalismus des 19. Jahrhunderts zusammen (vgl. Young 2013, 38). Der Laissez-faire-Liberalismus steht für eine freie Marktwirtschaft mit nur minimalen staatlichen Eingriffen und basiert auf der Annahme, dass optimale Ergebnisse erzielt werden, wenn der Markt sich weitgehend selbst überlassen wird (vgl. Ptak 2008, 27). Der Laissez-Faire-Liberalismus wurde bis Ende der 1920er Jahre umgesetzt, bis dieser aufgrund massiv steigender Arbeitslosigkeit und sich verschlechternder Wirtschaftslage in Frage gestellt wurde (vgl. Young 2013, 37). Die Weltwirtschaftskrise von 1929 führte dazu, dass der Laissez-faire-Liberalismus völlig an Legitimität verlor und ein Paradigmenwechsel in Richtung Keynesianismus stattfand (vgl. Ptak 2008, 18).

Der Keynesianismus steht für einen Interventionsstaat: der Staat greift aktiv in die Wirtschaft ein, kurbelt diese durch Deficit-Spending¹ an und baut den Wohlfahrtsstaat aus (vgl. Nordmann 2005, 25). Der Aufstieg von Keynes' General Theory in fast allen kapitalistisch geprägten Ländern, führte zur einer Gegenformation, aus welcher der Neoliberalismus entstand (vgl. Ptak 2008, 18f).

Der Neoliberalismus bezog dabei seine Legitimität aus der Abgrenzung zum Laissez-faire-Liberalismus: der Neoliberalismus kritisierte die „*unzureichende institutionelle Umrahmung und Sicherung des marktwirtschaftlichen Prozesses*“ (ebenda, 16) im Laissez-faire-Liberalismus, welche schließlich zur ökonomischen Krise geführt hatte.

Bereits in den 1930er Jahren entwickelten sich in vielen Ländern wie bspw. Deutschland, Österreich, England, Frankreich oder USA erste neoliberale Strömungen (vgl. Ptak 2008, 21).

¹ „Nach der Lehre von Keynes eine vorübergehende Verschuldung des Staates, um durch Erhöhung der Nachfrage wieder Vollbeschäftigung zu erreichen.“ (Bundeszentrale für politische Bildung 2012)

Ihre Hauptvertreter trafen sich 1938 auf dem Lippmann Kolloquium in Paris (vgl. Plehwe/Walpen 1999, 5). Ziel dieser ersten internationalen Konferenz war es eine länderübergreifende Organisation zur Verbreitung von neoliberalen Ideen zu schaffen, die der Krise des Liberalismus entgegenwirkte bzw. diese zu überwinden versuchte (vgl. Ötsch/Pühringer 2015, 45). In dieser Konferenz wurde auch der Begriff „Neoliberalismus“ eingeführt (vgl. Plehwe/Walpen 1999, 5).

Mit der Vorsilbe „Neo“ wollten die frühen Anhänger dieser Denkrichtung ihre Abgrenzung zum klassischen Laissez-faire-Liberalismus ausdrücken. Allerdings haben diese den Begriff „Neoliberalismus“ nur in der frühen Nachkriegszeit verwendet und sich im späteren Zeitverlauf wieder davon distanziert, da dieser zu einem negativ besetzten politischen Kampfbegriff wurde (vgl. Ther 2014, 23f).

Nachdem sich in den 1930er Jahren erste neoliberale Formationen gebildet hatten, konnten diese zunächst keinen nennenswerten Einfluss auf die Politik oder Wissenschaft nehmen. Erst ab den 1950er Jahren konnte der Neoliberalismus zum ersten Mal Einfluss auf die Politik nehmen und zwar in der Form der sozialen Marktwirtschaft in Westdeutschland, die einen „dritten Weg“ zwischen Markt- und Planwirtschaft darstellte. Während der deutsche Neoliberalismus („Ordoliberalismus“) jedoch bereits Ende der 1960er Jahre wieder an Bedeutung verlor, begann in den 1970er Jahren der Aufstieg des angloamerikanischen Neoliberalismus (vgl. Ptak 2008, 81f).

Dieser Aufstieg war möglich, da der Keynesianismus, welcher in den kapitalistischen Ländern bis in die 1970er Jahre dominiert hatte, nach der Ölkrise in den 1970er Jahren unter Druck geriet: aufgrund des geringen Wirtschaftswachstums, steigender Inflation und wachsender Staatsverschuldung wandten sich zunächst die USA und Großbritannien, später auch Kontinentaleuropa von Keynesianismus ab. Anstelle des Keynesianismus trat als neues Paradigma der Monetarismus, der von der Chicagoer Schule mit seinem Hauptvertreter Milton Friedman entwickelt wurde (vgl. Ther 2014, 22f).

Politisch wurde der Neoliberalismus durch zunehmende Deregulierungen, Privatisierungen, Liberalisierungen, eine steigende Bedeutung des Freihandels und die Forderung nach mehr Flexibilisierung, d.h. die flexible Anpassung der ArbeitnehmerInnen an die Markterfordernisse, ersichtlich (vgl. Ptak 2008, 83f).

Die neoliberale Wende ab Ende der 1970er Jahre bedeutete, dass sich anstelle des Interventionsstaats die freie Marktwirtschaft reetablierte und die staatlichen Sozialleistungen

massiv abgebaut wurden. In Großbritannien vollzog Margaret Thatcher ab 1979 die Wende in der Wirtschafts- und Sozialpolitik (vgl. Nordmann 2005, 25f).

Seinen Durchbruch als vorherrschendes Paradigma bestätigte der Neoliberalismus 1980, als Ronald Reagan die Präsidentschaftswahlen in den USA gewann (vgl. Walpen 2000, 1077).

Der Neoliberalismus dominiert die Wirtschaftspolitik bis in die Gegenwart, obwohl neoliberale Wirtschaftskonzepte nach der Finanzkrise 2008 massiv kritisiert wurden (vgl. Crouch 2011, 11ff). Crouch folgend, werden die Eliten aus Politik und Wirtschaft auch weiterhin am Neoliberalismus festhalten, da *„[d]ieses System [...] ihnen hochgradige Zuwächse an Geld und Macht eingebracht“* hat (ebenda, 170).

2.2 Neoliberale Strömungen

Der Neoliberalismus ist durch eine große Bandbreite von Strömungen aufgrund von historischen länderspezifischen Entwicklungen gekennzeichnet. Eine Gemeinsamkeit aller Strömungen ist, dass sich diese für einen zeitgemäßen Entwurf und die Durchsetzung einer marktwirtschaftlich dominierten Gesellschaft einsetzen (vgl. Ptak 2008, 23).

Alle neoliberalen Strömungen eint auch, dass sich diese nicht nur als rein wissenschaftliche Ansätze betrachten, sondern aktiv daran arbeiten, diese Ideen auch in der Realität umzusetzen (vgl. ebenda, 73f). Alle unterschiedlichen Strömungen stehen für freien Wettbewerb, Privateigentum und Freiheit ein (vgl. Walpen 2000, 1067) und sprechen sich gegen den Wohlfahrtsstaat aus (vgl. Ptak 2008, 16). Gemeinsam ist letztendlich auch allen Strömungen, dass diese kollektivistischen Ansätzen (z.B. Marxismus, Sozialdemokratie) kritisch gegenüberstehen (vgl. Girkinger 2007, 203).

Neoliberale Strömungen weisen jedoch teilweise große Differenzen auf *„wie das Verhältnis zwischen Staat, Gesellschaft und Wirtschaft verstanden und organisiert werden soll“* (Girkinger 2007, 203f). Innerhalb der neoliberalen Theorie gibt es dazu zwei Zugänge: einerseits jenen des Ordoliberalismus und andererseits den Zugang des angloamerikanischen Neoliberalismus (vgl. Ptak 2008, 32).

2.2.1 Ordoliberalismus

Der Ordoliberalismus hat sich in den 1930er Jahren in Deutschland entwickelt. Sein theoretisches Fundament wurde von der Freiburger Schule mit den Hauptvertretern Walter Eucken, Franz Böhm und Leonhard Miksch geschaffen. Der Begriff „Ordoliberalismus“ lehnte sich an seine ordnungspolitischen Präferenzen und an die Bezeichnung des ab 1948 erscheinenden Jahrbuchs „ORDO“ der Freiburger Schule an (vgl. Ptak 2004, 23ff).

Der Ordoliberalismus bildete sich in Gegnerschaft zur 1918/19 gegründeten Weimarer Republik, in welcher die sozialen Rechte gestärkt und die Wirtschaftsdemokratie ausgebaut wurden (vgl. Ptak 2008, 17ff). Anstelle dieser Entwicklungen forderte der Ordoliberalismus einen starken Staat, der mit ausreichend Macht ausgestattet ist, um Rahmenbedingungen für eine stabile und wettbewerbsintensive Marktwirtschaft festzulegen (vgl. ebenda, 35f).

Aus Sicht des Ordoliberalismus besteht die Aufgabe des Staates keinesfalls darin die Wirtschaft zentral zu lenken oder zu regulieren, sondern diese durch eine Wirtschaftsverfassung institutionell abzusichern. Dadurch soll sichergestellt werden, dass keine Interventionen gegen den freien Markt möglich sind. Sowohl die Gesellschaft als auch staatliche Institutionen sollen verbindlich auf die Grundsätze der freien Marktwirtschaft festgelegt werden. Durch die Sicherstellung eines strengen Wettbewerbs will der Ordoliberalismus wirtschaftlichen Machtkonzentrationen in der Form von Monopolen und Kartellen entgegenwirken (vgl. ebenda, 36ff).

Die ordoliberale Forderung nach einem starken Staat, der die Rahmenbedingungen für eine wettbewerbsintensive Marktwirtschaft festlegt, zeigt eine deutliche Abgrenzung zum klassischen Wirtschaftsliberalismus. Der Ordoliberalismus kritisiert den Laissez-Faire-Grundsatz, da eine fehlende institutionelle Absicherung eine Konzentration von wirtschaftlicher Macht begünstigt. Dadurch werden in weiterer Folge jene Institutionen und Bedingungen zerstört, die für die Absicherung des freien Wettbewerbs unerlässlich sind (vgl. Scherer 2016, 2).

Auf politischer Ebene konnte sich der Ordoliberalismus in der Nachkriegszeit durch die Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft etablieren (vgl. Ptak 2008, 82), welche maßgeblich von Alfred Müller-Armack geprägt wurde (vgl. ebenda, 53). Die Sozialen Marktwirtschaft sollte „*die Effizienz des Privateigentums und der Marktwirtschaft mit dem sozialen Ausgleich*“ (Dürr 1996, 383) verbinden.

Müller-Armack plädierte für eine sozialstaatliche Absicherung als Korrektiv für den strengen Wettbewerb in der freien Marktwirtschaft. Damit sollen ein Leben in Menschenwürde sowohl für Leistungsschwächere sichergestellt werden als auch Risiken wie Arbeitslosigkeit abgedeckt werden. Da damit zwangsläufig eine Einkommensumverteilung verbunden war, wurde die Soziale Marktwirtschaft von VertreterInnen anderer neoliberaler Strömungen, wie z.B. Friedrich August von Hayek, kritisiert (vgl. Witt 2012, 162).

2.2.2 Angloamerikanischer Neoliberalismus

Einen Gegenpol zum Ordoliberalismus stellt der angloamerikanische Neoliberalismus dar, welcher wesentlich von Friedrich August von Hayek und Milton Friedmann geprägt wurde. Dieser Ansatz spiegelt wider, was gegenwärtig unter neoliberal verstanden wird (vgl. Ptak 2008, 41).

Im Gegensatz zum Ordoliberalismus soll die Rolle des Staates beim angloamerikanischen Neoliberalismus möglichst auf die Kernfunktionen eines liberalen Rechtsstaates beschränkt sein (vgl. ebenda, 33), d.h. der Staat soll Eigentum und den freien Markt und Handel nach innen und nach außen schützen (vgl. Girking 202, 205).

Der Staat ist nach diesem Ansatz jedoch nicht in der Lage die Wirtschaft zu steuern, da seine Interventionen Marktversagen verursachen. Die Erklärung dafür liefert Hayeks Prinzip der „spontanen Ordnung“: Hayek argumentiert, dass Individuen nur über ein begrenztes Wissen verfügen. Das gesamte Wissen ist nicht auf Einzelne konzentriert, sondern auf eine Vielzahl verstreut, wodurch einzelne Individuen nicht in der Lage sind komplexe wirtschaftliche Vorgänge zu lenken. Der Markt hingegen kann diese Begrenzung überwinden. Durch den Wettbewerb am freien Markt wird ein Suchprozess angestoßen, die verstreuten Wissensfragmente werden zusammengefügt und damit wird eine spontane Ordnung erzeugt. Eine Charakteristik dieser spontanen Ordnung ist, dass die Ergebnisse offen bleiben, d.h. es kann im Vorhinein nicht garantiert werden, dass die Marktteilnehmer bestimmte Ziele erreichen werden (vgl. Ptak 2008, 43ff).

Märkte werden somit nicht bewusst durch Individuen geschaffen, sondern sind das Ergebnis von Evolution, deren Ergebnisse spontan entstehen (vgl. ebenda, 33).

Hinsichtlich sozialer Sicherheit ist Hayek der Ansicht, dass eine begrenzte und eine unbegrenzte Sicherheit unterschieden werden müssen. Unter der begrenzten Sicherheit versteht Hayek die Sicherstellung eines gewissen Existenzminimums, mit welchem die Gesundheit und Arbeitsfähigkeit aufrechterhalten wird. Unterstützung durch den Staat ist für Hayek dann gerechtfertigt, wenn Individuen unverschuldet in eine Notlage geraten, deren Ursachen sie nicht abwenden konnten, z.B. durch Unfall, Krankheit oder Naturkatastrophen. Allerdings sollte das Ausmaß staatlicher Hilfe gering sein, so dass Individuen sich anstrengen, um wieder für sich selbst sorgen zu können (vgl. Hayek 1994, 157f).

Die zweite Art von sozialer Sicherheit, eine staatliche Absicherung gegen das wirtschaftliche Risiko von Einkommensminderungen, ist für Hayek nicht gerechtfertigt. Die Höhe des Einkommens hängt von der objektiven Leistung eines Individuums am freien Markt ab.

Aufgrund der freien Berufswahl obliegt es der Verantwortung des Individuums einer Tätigkeit nachzugehen, die der Gesellschaft einen Nutzen stiftet (vgl. ebenda, 159ff).

Ein Eingriff durch den Staat ist für Hayek kontraproduktiv, denn wird einer Gruppe ein bestimmtes Einkommen durch den Staat zugesichert, werden die Verdienstmöglichkeiten von anderen Gruppen geschmälert und diese dadurch benachteiligt. Staatliche Eingriffe führen nach Hayek zu steigender sozialer Unsicherheit, Einkommensverlusten und Arbeitslosigkeit (vgl. ebenda, 166ff).

Für seine Arbeiten hat Hayek 1974 den Nobelpreis erhalten, woraufhin die „Österreichische Schule“ in den USA stark an Ansehen gewonnen hat (vgl. Girking 2007, 203). Von besonderem Einfluss für den Paradigmenwechsel in den 1970er Jahren war dabei die „Chicago School of Economics“, die wesentlich von Milton Friedman, einem Anhänger von Hayek, geprägt wurde (vgl. Ther 2014, 23).

2.3 Entwicklung des Neoliberalismus in Österreich

In Österreich hat sich der Neoliberalismus in der Wirtschafts- und Sozialpolitik - trotz der theoretischen Ursprünge hierzulande - im Vergleich zu anderen Ländern erst spät entwickelt. Während in den USA oder Großbritannien bereits ab Ende der 1970er Jahre der neoliberale Wandel vollzogen wurde, wurden in Österreich unter Bundeskanzler Kreisky in den 1970er Jahren noch enorme Staatschulden zugunsten einer Vollbeschäftigungspolitik in Kauf genommen. Die niedrige Arbeitslosigkeit zu dieser Zeit ist u.a. auf den Verzicht von Massenkündigungen in verstaatlichen Unternehmen, der Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 40 Stunden und Frühpensionierungsprogrammen zurückzuführen. Die Wende in der österreichischen Wirtschaftspolitik leitete 1986 der ebenfalls sozialdemokratische Bundeskanzler Vranitzky ein, der durch Einsparungen und Privatisierungen eine Verringerung des Budgetdefizits anstrebte (vgl. Lauber/Pesendorfer 2006, 613f).

Der grundlegende Wandel zu einer neoliberalen Politik in Österreich ab den 1990er Jahren wurde einerseits durch den EU-Beitritt gefördert, andererseits war dieser Wandel aufgrund von strukturellen Problemen und der Veränderung des internationalen Finanzmarkts erforderlich (vgl. ebenda 2006, 618f).

Einen weiteren Schub zu einer neoliberalen Politik gab es im Jahr 2000 mit der Angelobung der ÖVP-FPÖ-Regierung. Finanzminister wurde mit Karl-Heinz Grasser ein Anhänger der Österreichischen Schule. Das wirtschaftspolitische Ziel dieser Regierung war ein Nulldefizit,

welches mit Erlösen aus Privatisierungen (z.B. Telekom Austria AG, Austria Tabak AG, voestalpine AG), Deregulierungen und weitreichenden Einsparungen angestrebt wurde. Die Einsparungen wurden vor allem durch eine Verwaltungsreform, eine Gesundheitsreform, eine ÖBB-Reform und eine Pensionsreform realisiert. Durch diese Maßnahmen wurde von der Regierung ein Spielraum geschaffen, um Steuererleichterungen beschließen zu können, welche vor allem der Wirtschaft zugutekamen. Im Rahmen der Steuerreform 2004/2005 wurden z.B. die Körperschaftssteuer als auch die Steuer auf nicht entnommene Gewinne gesenkt. Sowohl die Sparmaßnahmen als auch die Steuerreform wurden von der Opposition, der Arbeiterkammer und den Gewerkschaften als sozial unausgewogen kritisiert (vgl. Lauber/Pesendorfer 2006, 616f).

Die ÖVP-FPÖ-Regierung unterwarf die Sozialpolitik in Österreich einem Wandel, welcher durch den Abbau von sozialstaatlichen Sicherungen und Leistungen zum Ausdruck kam. Der Wandel wurde damit begründet, dass der Sozialstaat in seiner derzeitigen Form unfinanzierbar, ineffizient und überbordend geworden war. Der Sozialstaat wurde als Problemerzeuger dargestellt, dessen Leistungen wenig treffsicher verteilt werden. Die neue Regierung vertrat die Meinung, dass der überbordende Sozialstaat die Gefahr des Missbrauchs von Leistungen in sich birgt und nicht zur Förderung von Leistungsbereitschaft und Eigenverantwortung beiträgt (vgl. Pühringer/Stelzer-Orthofer 2016, 5f).

Die neoliberale Grundeinstellung in der Sozialpolitik der neuen Regierung in Richtung weniger Staat und mehr Markt, mehr Eigenvorsorge und –verantwortung und Stärkung der Entfaltungsmöglichkeiten und Freiheit der BürgerInnen (vgl. Tálos 2001, 17) spiegelt sich bereits in einer Budgetrede von Finanzminister Grasser wider: *„Unsere Vision ist ein schlanker Staat, der dem Bürger dient, ist mehr Freiheit und weniger Ge- und Verbote, ist mehr Eigenverantwortung und weniger Fremdleistung, ist eine offene und demokratische Gesellschaft freier Bürger“* (Grasser 2000 zitiert nach Tálos 2001, 18).

Als Konsequenz wurden viele sozialstaatliche Leistungen gekürzt, z.B. die Ansprüche aus der Arbeitslosenversicherung. Die Nettoersatzrate (Arbeitslosengeld) lag Ende der 1990er Jahre bei 57,9% und wurde seitdem sukzessive gekürzt. Unter der ÖVP-FPÖ-Regierung gab es im Jahr 2000 eine weitere Reduktion der Nettoersatzrate auf nur mehr 55%. Neben Kürzungen in der Leistungshöhe wurden seit dem Jahr 2000 auch die Voraussetzungen für den Zugang zu Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung erschwert, z.B. durch die Verlängerung der

Anwartschaft² und durch die Aufweichung von Zumutbarkeitsbestimmungen. Des Weiteren erfolgte eine Ausweitung und Verschärfung von Sanktionsmöglichkeiten: Wurde von Arbeitslosen ein Kontrolltermin beim AMS nicht wahrgenommen oder eine angebotene, zumutbare Stelle nicht angenommen, wurden Zahlungen temporär eingestellt. Seit dem Jahr 2000 nahm die Anzahl von diesen Sanktionen deutlich zu (vgl. Atzmüller 2009, 29f).

Neben den genannten Adaptierungen in der Arbeitslosenversicherung wurde z.B. auch die Hinterbliebenenpension gekürzt und die beitragsfreie Krankenversicherung von kinderlosen EhepartnerInnen bzw. LebensgefährtInnen abgeschafft (vgl. Pühringer/Stelzer-Orthofer 2016, 7).

Um beschreiben zu können, welche Rolle neoliberale Think Tanks bei der Diskussion zur weiteren Entwicklung der Sozialpolitik in Österreich einnehmen, sind zunächst grundlegende Überlegungen zu Think Tanks im Allgemeinen erforderlich. Auf diese wird im nächsten Kapitel näher eingegangen.

3 Think Tanks

Ziel dieses Kapitels ist es zunächst den Begriff „Think Tank“ zu definieren und die unterschiedlichen Typen von Think Tanks durch Kategorien zu erfassen. Im Anschluss folgt eine Beschreibung der Aufgaben und Funktionen von Think Tanks. Abschließend wird ihre Entwicklung skizziert und dargelegt, warum ihre Bedeutung in Österreich – im Vergleich zu anderen Ländern wie bspw. in den USA - bisher noch gering war.

3.1 Begriff und Kategorisierung

Der Begriff „Think Tank“ kommt ursprünglich aus Großbritannien und den USA und bezeichnete während des zweiten Weltkriegs *„einen abhörsicheren Ort oder Raum, in dem zivile und militärische Experten Strategien entwickeln“* (Kreft 2002 zitiert nach Hartung 2010, 92). Der Begriff wurde erst ab den 1960er Jahren auch für die Bezeichnung von anderweitigen Forschungseinrichtungen ohne militärischen Hintergrund verwendet (vgl. Hartung 2010, 92). Breitere Bekanntheit erlangte der Begriff Think Tank³ ab Beginn der

² Für einen Anspruch auf Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung muss eine Mindestanzahl von arbeitslosenversicherungspflichtigen Arbeitswochen in einem bestimmten Betrachtungszeitraum nachgewiesen werden (vgl. AMS 2018).

³ Aus dem Englischen übersetzt bedeutet der Begriff „Tank“ sowohl „Behälter“ als auch „Panzer“. Im Kontext von Think Tanks kann dem Begriff eine Doppelbedeutung beigemessen werden: einerseits kann dieser als ein Behälter von Ideen interpretiert werden, andererseits unterstreicht die militärische Bedeutung den offensiven Charakter von Think Tanks.

1970er mit der Zunahme von öffentlichkeitsorientierten Think Tanks wie bspw. der Heritage Foundation in den USA (vgl. Schlögl/Plehwe 2015, 29).

Im seinem gegenwärtigen Verständnis können Think Tanks definiert werden als „Einrichtungen, die Orientierungswissen schaffen und es in den politischen Meinungs- und Willensbildungsprozess einbringen“ (Girkinger 2007, 201) oder auch als „privat oder öffentlich finanzierte, praxisorientierte Forschungsinstitute, die wissenschaftlich fundiert politikbezogene und praxisrelevante Fragestellungen behandeln, und im Idealfall entscheidungsvorbereitende Ergebnisse und Empfehlungen liefern“ (Thunert 2003 zitiert nach Poguntke 2016, 9).

Think Tanks können sich in ihrer Größe, Struktur, Arbeitsfeld und Bedeutung voneinander unterscheiden (vgl. Stone/Ullrich 2003, 5). Hinsichtlich ihrer inhaltlichen Ausrichtung lassen sich unterschiedliche Kategorien feststellen, wobei die Zuordnung der Think Tank in diese Kategorien in der Realität oftmals nicht eindeutig ist, sondern die Grenzen fließend verlaufen (vgl. Kolm 2011, 105). Die Literatur teilt Think Tanks überwiegend in drei Kategorien ein: akademische, auftragsforschende und advokatorische Think Tanks (vgl. Heisterkamp 2014, 123).

Die Entwicklung der unterschiedlichen Kategorien von Think Tanks variierte von Land zu Land, jedoch lassen sich bestimmte „waves of think tank development“ feststellen (vgl. Stone/Ullrich 2003, 8).

In der Phase von 1900 bis zum Ende des zweiten Weltkriegs entstand zunächst die Kategorie der akademischen Think Tanks. Die zweite Phase dauerte bis ca. 1970 und war von der Kategorie der auftragsforschenden Think Tanks geprägt. Ab den 1970er Jahren begann der Aufstieg der advokatorischen und parteiischen Think Tanks (vgl. Hartung 2010, 93).

Akademische Think Tanks stellen die erste Kategorie dar. Diese werden in der Literatur auch als „Universitäten ohne Studenten“ bezeichnet. In akademischen Think Tanks werden vorrangig Langzeitstudien durch Wissenschaftler durchgeführt. Ziel der Forschungen mit langfristiger politischer Perspektive ist es, diese mit größtmöglicher Objektivität und parteilicher Unabhängigkeit durchzuführen (vgl. Pautz 2012, 9).

Akademische Think Tanks veröffentlichen ihre wissenschaftlichen Arbeiten vor allem mittels Forschungsberichten und Monografien (vgl. Schlögl/Plehwe 2015, 30).

Die zweite Kategorie umfasst Think Tanks, welche Auftragsforschungen für Wirtschaftsakteure oder für politische EntscheidungsträgerInnen durchführen (vgl. Kolm 2011, 106).

Als Prototyp dieser Kategorie wird häufig die US-amerikanische RAND Corporation („Research ANd Development“) genannt. Diese führte während des Kalten Kriegs militärische Forschungsaufträge für die US-Regierung durch, nahm jedoch im Laufe der 1950er Jahre auch nicht-militärische Forschungsaufträge an (vgl. Hartung 2010, 92f).

Advokatorische Think Tanks als dritte Kategorie haben eine klare ideologische Ausrichtung, welche sie medienwirksam an ihre Zielgruppe zu transportieren versuchen (vgl. Heisterkamp 2014, 123f). Advokatorische Think Tanks grenzen sich „von den akademischen Think Tanks als politisch und ideologisch identifizierbar“ ab (ebenda, 133).

Im Gegensatz zu akademischen Think Tanks werden oftmals keine eigenen Forschungen betrieben, sondern lediglich dienliche Ergebnisse von bestehenden Forschungen aufbereitet und durch policy papers oder Meinungsartikel verbreitet (vgl. Schlögl/Plehwe 2015, 30).

Advokatorische Think Tanks sind u.a. durch folgende Merkmale charakterisiert (vgl. Speth 2006, 3):

- Private Finanzierung
- Unabhängigkeit vom Staat
- Hohe Bedeutung von Marketing
- Medien und politische EntscheidungsträgerInnen als Zielgruppen
- Starke Präsenz in TV und Printmedien
- Fokus nicht nur auf reine Analysen, sondern auch auf Handlungsempfehlungen
- Veranstalter von Konferenzen und Workshops

Eine weitere Kategorie stellen partei- und interessensnahe Think Tanks dar, welche ein Naheverhältnis zu einer Partei, einer/einem PolitikerIn oder einer Interessensgruppe pflegen (vgl. Hartung 2010, 93). Die Tendenz in der Literatur geht allerdings dahin, diese parteiischen Think Tanks in die Kategorie der advokatorischen Think Tanks einzuordnen (vgl. Heisterkamp 2014, 145).

Da diese Arbeit neoliberale Think Tanks behandelt, sind advokatorische Think Tanks mit ihrer klaren ideologischen Ausrichtung für diese Arbeit von besonderer Relevanz.

3.2 Aufgaben und Funktionen

Die von Think Tanks wahrgenommenen Aufgaben und Funktionen hängen stark von der Kategorie des jeweiligen Think Tank ab. Neben der inhaltlichen Ausrichtung haben sich auch die Funktionen und Aufgaben von Think Tanks im zeitlichen Verlauf verändert: Während der Fokus von akademischen Think Tanks vor allem in der wissenschaftlichen Forschung liegt, setzen advokatorische Think Tanks ihren Schwerpunkt auf die Vermittlung ihrer Ideologie (vgl. Schlögl/Plehwe 2015, 30).

Die Funktionen von Think Tanks können auf die Bereiche Produktion, Diffusion, Networking und Transformation zusammengefasst werden. Unter Produktion wird die Gewinnung von Informationen und Ideen verstanden, wobei deutliche Unterschiede in der Auswahl der politikrelevanten Themen durch die Think Tanks bestehen (vgl. Gellner 1995, 33).

Je nach ihrer Größe und Ressourcenausstattung können Think Tanks als Generalisten ein breites Themenfeld abdecken oder sich nur auf bestimmte Themenbereiche spezialisieren. Des Weiteren können sich Think Tanks darin unterscheiden, ob eigene Studien durchgeführt werden oder ob bei der Gewinnung von neuen Informationen und Ideen auf bereits vorhandene Studien zurückgegriffen wird (vgl. Heisterkamp 2014, 107f).

Diffusion umfasst die Verbreitung und Vermarktung der produzierten Informationen und Ideen. Von Bedeutung ist, dass die Ideen der Think Tanks die Zielgruppe auch erreichen. Dafür werden von Think Tanks unterschiedliche Kanäle zum Transport ihrer Ideen genutzt, z.B. Veröffentlichungen von Monografien und Sammelbänden oder Beiträge in Zeitschriften und Zeitungen (vgl. Gellner 1995, 34).

Neben schriftlichen Veröffentlichungen kann auch eine öffentliche Präsenz von Bedeutung sein. Dazu nehmen MitarbeiterInnen von Think Tanks als ExpertInnen an öffentlichen Diskussionen teil und stellen sich Medien als InterviewpartnerInnen zur Verfügung. Um ihre Ideen an politische EntscheidungsträgerInnen zu transportieren, benutzen Think Tanks allerdings nicht immer offene Kanäle: auch in einem vertraulichen und informellen Rahmen können MitarbeiterInnen von Think Tanks den Kontakt zu politischen EntscheidungsträgerInnen suchen (vgl. Heisterkamp 2014, 111).

Think Tanks nehmen auch eine Netzwerkfunktion wahr. Sie bieten sich als Plattform für einen Austausch an und ermöglichen damit Kontakte zwischen Personen aus Politik, Medien,

Wirtschaft und Wissenschaft. Think Tanks führen zu diesem Zweck auch Veranstaltungen in der Form von Seminaren oder Konferenzen durch (vgl. Gellner 1995, 34).

Netzwerke sind für Think Tanks von großer Bedeutung, da sie einen kontinuierlichen, langfristigen und intensiven Kontakt zu EntscheidungsträgerInnen sicherstellen. Damit schaffen sich Think Tanks einen gesicherten Rahmen, in welchem sie ihre Ideen verbreiten können (vgl. Heisterkamp 2014, 113f).

Die Funktion der Transformation, welche von Think Tanks in unterschiedlichem Ausmaß betrieben wird, umfasst die Rekrutierung und den Transfer von Eliten, u.a. von PolitikerInnen und Führungspersonal (vgl. Gellner 1995, 34).

Diese Funktion ist eng mit der Netzwerkfunktion verbunden: durch vorhandene Kontakte versuchen Think Tanks einerseits politikrelevante Eliten durch ihre Netzwerke für sich zu gewinnen. Andererseits werden in Think Tanks ausgebildete ExpertInnen in die Wirtschaft und Politik entsandt, welche die verinnerlichten Ideen dadurch weiterverbreiten. In einigen Ländern wie in den USA betreiben Think Tanks eine direkte und intensive Funktion beim Elitentransfer: ausscheidende PolitikerInnen werden in den Think Tanks als BeraterInnen aufgenommen, bis diese - zu einem für sie günstigen Zeitpunkt - wieder zurück in politische Ämter wechseln (vgl. Heisterkamp 2014, 115).

Im nächsten Abschnitt wird die Entstehungsgeschichte von Think Tanks und ihr Einfluss auf öffentliche Debatten beschrieben. Da der Begriff „Think Tank“, wie in Kapitel 3.1 erörtert, aus dem angloamerikanischen Raum stammt, wird im Folgenden zunächst die Entstehung von Think Tanks in den USA und anschließend jene in Österreich skizziert.

3.3 Entstehung und Bedeutung

Erste Think Tanks gab es in den USA bereits Anfang des 20. Jahrhunderts, wie bspw. die 1916 gegründete „The Brookings Institution“ mit akademischer Ausrichtung. Ab Ende der 1960er Jahre nahm die Anzahl von Think Tanks in den USA deutlich zu. Vor allem die Anzahl von advokatorischen Think Tanks, welche in den USA mit einer aggressiven Vorgehensweise agieren, ist stark gewachsen. Aufgrund des intensiven Wettbewerbs zwischen den Think Tanks wurden auch neutrale Think Tanks gezwungen ihre Strategien zu ändern, um auf dem „Marktplatz der Ideen“ zu bestehen (vgl. Speth 2006, 3f).

In Österreich zählen zu den ersten Think Tanks das Wirtschaftsforschungsinstitut (WIFO) und das Institut für höhere Studien (IHS). Beide sind zum überwiegenden Teil der Kategorie der akademischen Think Tanks zuzuordnen. Bei der Gründung dieser beiden Think Tanks spielte auch Friedrich August von Hayek eine Rolle: Gemeinsam mit Ludwig von Mises gründete er 1927 das WIFO, welches sich seit der Nachkriegszeit als traditionelle Beratungseinrichtung der Regierung in Österreich und auch der Sozialpartner etablierte. Nach Gründung des WIFO bemühte sich Hayek um den Aufbau von weiteren wissenschaftlichen Institutionen, um dadurch erstklassige ForscherInnen wieder nach Wien zurückzuholen, nachdem Wien als wissenschaftlicher Standort an Bedeutung verloren hatte. Deshalb schlug Hayek die Gründung eines Fonds vor, welcher zunächst von der Ford Foundation jedoch nicht angenommen wurde. Seine Idee begründete jedoch den Anstoß für neue Bemühungen ein weiteres wissenschaftliches Institut zu gründen. Erste Versuche durch Paul Lazarsfeld, welcher von der Ford Foundation unterstützt wurde, scheiterten zunächst am innerpolitischen Widerstand vor allem seitens des damaligen Unterrichtsministers Heinrich Drimmel (ÖVP). Drimmel befürchtete, dass im neuen Institut ein Übergewicht zugunsten der SPÖ herrschen würde. Erst 1963 gelang es Paul Lazarsfeld und Oskar Morgenstern mit Unterstützung von Bruno Kreisky (SPÖ), der zu diesem Zeitpunkt Außenminister war, schließlich das IHS zu gründen. Danach gab es in der kargen Think Tank-Landschaft in Österreich bis Anfang der 1990er Jahre kaum Veränderungen. Mit Unterstützung der Industriellenvereinigung (IV) und der Industrie wurden in den 1990er Jahren zunächst das Hayek-Institut und später weitere Think Tanks gegründet (vgl. Schlögl/Plehwe 2015, 30ff).

Besonders verändert hat sich die Think Tank-Landschaft in Österreich erst in den letzten 10 Jahren: in diesem Zeitraum wurden die meisten Think Tanks gegründet (vgl. ebenda, 35). Auf diese Entwicklung – mit Fokus auf neoliberale Think Tanks – wird in Kapitel 4.1 näher eingegangen.

Während in Österreich Think Tanks noch eine vergleichsweise geringere Rolle spielen, haben diese in den USA bereits seit längerer Zeit einen großen Einfluss auf öffentliche Debatten (vgl. Kolm 2011, 107). Folgende Gründe sind u.a. für diese Entwicklung ausschlaggebend (vgl. ebenda, 107f):

In den USA herrscht traditionell eine andere Einstellung gegenüber privaten Bildungs- bzw. Forschungseinrichtungen als in Österreich vor. In den USA ist es nicht ungewöhnlich, dass „unabhängige“ Einrichtungen mit privaten finanziellen Mitteln unterstützt werden. In Österreich erfolgt Politikberatung vorwiegend durch öffentlich finanzierte

Interessensverbände oder durch Organisationen, die ein Naheverhältnis zu diesen haben. Während eine private Unterstützung von Forschungen in Österreich nicht traditionell verankert ist, gehört Fundraising in den USA längstens zur gängigen Praxis.

Eine weitere Begründung liegt in den unterschiedlichen politischen Systemen. Anders als in den USA herrscht in Österreich eine hohe Parteidisziplin. Daher werden Vorlagen der Bundesregierung vom Nationalrat meist auch beschlossen. Aufgrund der hohen Parteidisziplin ist in Österreich die Exekutive die Zielgruppe von Botschaften der Think Tanks. In den USA herrscht hingegen eine niedrige Parteidisziplin, daher sind die Hauptadressaten von Think Tanks die Mitglieder des Kongresses, d.h. die Legislative. Somit haben Think Tanks in den USA mehr Möglichkeiten auf politische EntscheidungsträgerInnen Einfluss zu nehmen und damit mehr Bedeutung.

Eine weitere Unterscheidung lässt sich feststellen, wenn die grundsätzliche Einstellung der BürgerInnen zum Staat betrachtet wird. In den USA herrschen liberale Einstellungen vor und BürgerInnen haben eine traditionell skeptische Sichtweise auf die Rolle des Staates. Daher wird Transparenz im öffentlichen Bereich als sehr wichtig erachtet. Im Vergleich zu den USA ist diese Forderung in Österreich viel weniger ausgeprägt.

Es gibt keine absolut zuverlässigen Angaben zur Anzahl von Think Tanks weltweit. Die verfügbaren Quellen schwanken zwischen 4.500 und 6.500 Think Tanks mit politischer und/oder gesellschaftlicher Ausrichtung, wobei die meisten Think Tanks in den USA angesiedelt sind (vgl. Poguntke 2016, 9). Einig sind sich die ForscherInnen, dass ihre Anzahl seit 1980 deutlich zugenommen hat (vgl. Schlögl/Plehwe 2015, 29).

4 Neoliberale Think Tanks in Österreich

In diesem Kapitel wird beschrieben, wie sich neoliberale Think Tanks speziell in Österreich entwickelt haben und wie diese mit anderen Think Tanks bzw. mit Vertretern aus Wirtschaft, Wissenschaft, Medien und Politik vernetzt sind. Auf diese Analyse aufbauend, werden drei bedeutsame Think Tanks – das Hayek-Institut, EcoAustria und Agenda Austria – näher beschrieben.

4.1 Entwicklung und Vernetzung neoliberaler Think Tanks in Österreich

Bedeutende Rollen für die Entwicklung von neoliberalen Think Tanks spielen einerseits die internationale Unterstützung aus dem neoliberalen Netzwerk in dessen Zentrum die Mont

Pèlerin Society (MPS) steht (vgl. Hartung 2010, 89ff), und andererseits finanzielle Zuwendungen von der IV und der Industrie (vgl. Schlögl/Plehwe 2015, 32).

Die MPS gilt als wichtigstes internationales Netzwerk des Neoliberalismus (vgl. Ptak 2008, 22). Gegründet wurde die MPS 1947 durch die Initiative von Friedrich August von Hayek in der Schweiz. Hayek wurde auch zum ersten Präsidenten von MPS bestellt. Durch die Gründung der MPS wurden die vier großen neoliberalen Zentren Chicago, London, Wien und Freiburg miteinander verknüpft. Als gemeinsame Kernziele wurden von den Gründungsmitgliedern folgende Prinzipien festgelegt: Privateigentum, Marktwettbewerb, Freiheit, Neubestimmung des Staates, Etablierung eines Standards für die Funktionsfähigkeit des Marktes und eine neue internationale Ordnung. Soziale Rechte wurden bewusst nicht darin aufgenommen. Die Ziele wurden langfristig angelegt und umfassten einerseits eine konkrete politische Mitgestaltung und andererseits eine Beeinflussung der Gesellschaft. Dem Aspekt der „Meinungsmache“ wurde innerhalb der MPS große Bedeutung beigemessen. Aus diesem Grund wurden in dieses Netzwerk nur gleichgesinnte VertreterInnen aus Politik, Wirtschaft, Journalismus oder Verlagswesen aufgenommen und eine enge Vernetzung mit vielen Think Tanks forciert (vgl. Pühringer/Ötsch 2015, 62ff).

Die MPS vernetzt gegenwärtig über 100 Think Tanks miteinander (vgl. Ptak 2008, 22). Da Think Tanks ein wichtiges Mittel sind um neoliberales Gedankengut länderspezifisch zu implementieren, unterstützt die MPS den Aufbau von Think Tanks in vielen Ländern direkt oder indirekt, wodurch dieses Netzwerk einen bedeutenden Einfluss auf die Entstehung und Entwicklung von neoliberalen Think Tanks hat (vgl. Hartung 2010, 91). In der Gründungsphase hatte die MPS 39 Mitglieder (vgl. Pühringer/Ötsch 2015, 64). Seitdem ist die Anzahl von Mitgliedern auf über 1.000 gestiegen, wobei Österreich mit ca. 20 Mitgliedern vertreten ist (vgl. Girking 2007, 207).

Zwischen der österreichischen Think Tank-Landschaft und der MPS lassen sich vor allem durch das Hayek-Institut direkte personelle Verbindungen aufzeigen: Neben der Präsidentin Barbara Kolm sind auch zahlreiche weitere Mitglieder des Vorstands und des international besetzten wissenschaftlichen Beirats Mitglieder der MPS (vgl. ebenda, 207ff).

Im wissenschaftlichen Beirat des Hayek-Instituts sind derzeit mit Christian Watrin und Victoria Curzon-Price sogar zwei ehemalige PräsidentInnen von der MPS vertreten (vgl. Hayek-Institut 2018a).

Neben der internationalen Unterstützung aus dem neoliberalen Netzwerk spielten auch finanzielle Zuwendungen von der IV und der Industrie eine bedeutende Rolle für die Entwicklung von neoliberalen Think Tank in Österreich.

Bis 2009 dominierten das WIFO und das IHS die österreichische Think Tank-Landschaft. Das WIFO verfügte 2009 über ein Budget von ca. 12,5 Mio. Euro und wurde vom Finanzministerium, von der Österreichischen Nationalbank, von der Arbeiterkammer, von der Wirtschaftskammer, vom ÖGB, von der Landwirtschaftskammer, von der IV und von „Goldenen Förderern“⁴ unterstützt. Das IHS verfügte 2009 über ein Budget von 8,9 Mio. Euro und erhielt finanzielle Unterstützung u.a. vom Wissenschaftsministerium, vom Finanzministerium, von der Notenbank und von der Stadt Wien (vgl. Szemeliker 2009).

Ab 2009 begann sich die Think Tank-Landschaft in Österreich zu verändern. Einen starken Einfluss darauf hatte die IV, die ihre Förderung für das WIFO von ca. 270.000 Euro im Jahr 2008 auf ca. 100.000 Euro im Jahr 2009 kürzte (vgl. Szemeliker 2009).

Der Grund für die Kürzung war, dass die IV mit der ideologischen Ausrichtung des WIFO nicht mehr zufrieden war und sich erhoffte, durch neue wirtschaftsnahe Think Tanks mehr Einfluss auf den Prozess der politischen Meinungsbildung zu gewinnen. Etwa 15 Jahre nach Gründung des Hayek-Instituts wurde zunächst 2012 mit Unterstützung der IV der Think Tank „EcoAustria“ gegründet. Alle Mitarbeiter dieses Think Tanks waren zuvor beim IHS beschäftigt. Ebenfalls mit Förderung der IV entstanden bspw. auch die Think Tanks „Weis(s)e Wirtschaft“ und „iv.future“. Schließlich entstand 2013 durch finanzielle Unterstützung aus der Industrie mit „Agenda Austria“ noch ein weiterer bedeutender Think Tank. Sowohl Agenda Austria als auch EcoAustria wurden mit dem Ziel gegründet, in Konkurrenz mit den traditionellen und sozialpartnerschaftlich ausgerichteten Think Tanks WIFO und IHS zu treten (vgl. Schögl/Plehwe 2015, 32).

Die Anzahl von neoliberalen Think Tanks in Österreich nimmt weiterhin zu: So wurde bspw. im Jahr 2014 mit dem „Austrian Institute of Economics and Social Philosophy“ ein weiterer neoliberaler Think Tank gegründet (vgl. Austrian Institute 2015).

Um erfolgreich zu sein, sind Vernetzungen für Think Tanks von besonderer Bedeutung. Erst durch die Verbreitung von Ideen in einem Netzwerk werden diese verstärkt und

⁴ Unter „Goldenen Förderern“ werden Personen bzw. Unternehmen verstanden, „*die einen aktiven Beitrag zur Stärkung der wissenschaftlichen ökonomischen Forschung leisten möchten*“ (WIFO 2018). Derzeit zählen z.B. A1 Telekom Austria AG, PORR AG, Raiffeisen Bank International AG und Siemens AG Österreich zu diesen Förderern (vgl. ebenda).

einflussreicher – besonders wenn im Netzwerk Verbindungen zu wichtigen Institutionen und Personen geschaffen werden (vgl. Girkinger 2007, 213).

Ausgehend von drei wichtigen neoliberalen Think Tanks in Österreich - dem Hayek-Institut, EcoAustria und Agenda Austria - analysieren Pühringer/Stelzer-Orthofer (2016, 16f) die institutionellen und persönliche Verbindungen mittels einer Netzwerkanalyse:

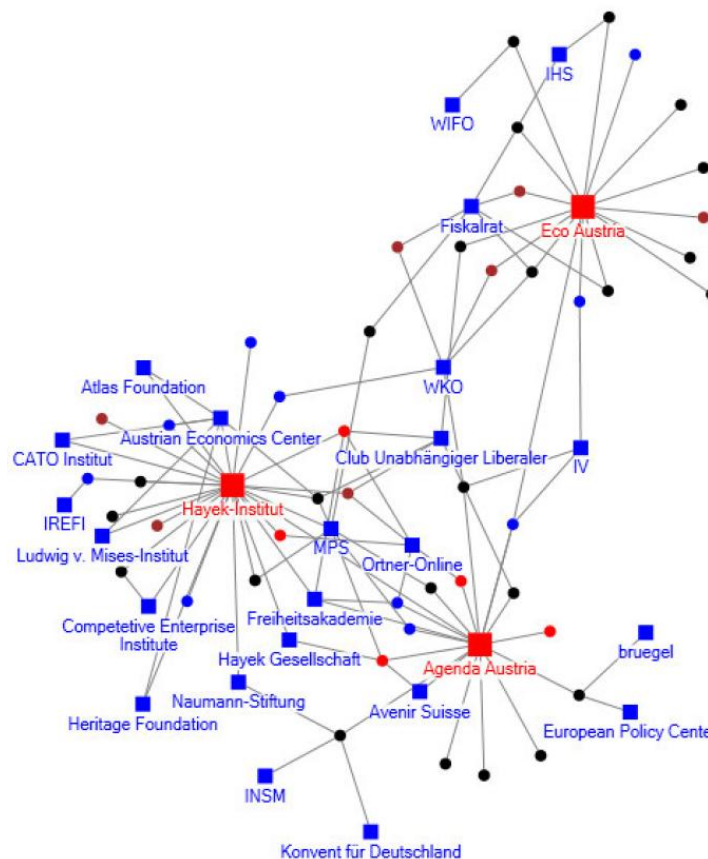


Abbildung 1: Vernetzungen mit Institutionen und Personen

Quelle: Pühringer/Stelzer-Orthofer 2016, 17

Abbildung 1 stellt die Verbindungen zu Institutionen als Quadrate und zu Personen als Kreise dar, wobei rote Kreise für einen medialen, blaue für einen privatwirtschaftlichen, schwarze für einen wissenschaftlichen und braune für einen politischen Hintergrund stehen. Der Darstellung kann entnommen werden, dass das Hayek-Institut sehr stark mit internationalen Institutionen – u.a. mit der MPS – vernetzt ist, aber auch mit anderen österreichischen neoliberalen Think Tanks wie dem „Austrian Economics Center“. Des Weiteren fällt auf, dass die Verbindungen zu Personen vor allem privatwirtschaftlichen und wissenschaftlichen Hintergrund haben. Agenda Austria weist nur wenige direkte Verbindungen zu anderen Institutionen auf (z.B. Avenir Suisse), ist aber über Knotenpunkte mit dem Hayek-Institut vernetzt. Agenda Austria hat jedoch starke Verbindungen zu Personen mit wissenschaftlichem

und medialem Hintergrund. EcoAustria hat zwar keine direkten Verbindungen zu anderen Institutionen, aber ist dafür stark mit Personen aus der Wissenschaft und Politik vernetzt (vgl. Pühringer/Stelzer-Orthofer 2016, 17f).

Eine ähnliche Netzwerkanalyse – ebenfalls von Hayek-Institut, Agenda Austria und EcoAustria ausgehend - haben Schlögl/Plehwe (2015, 34f) durchgeführt:

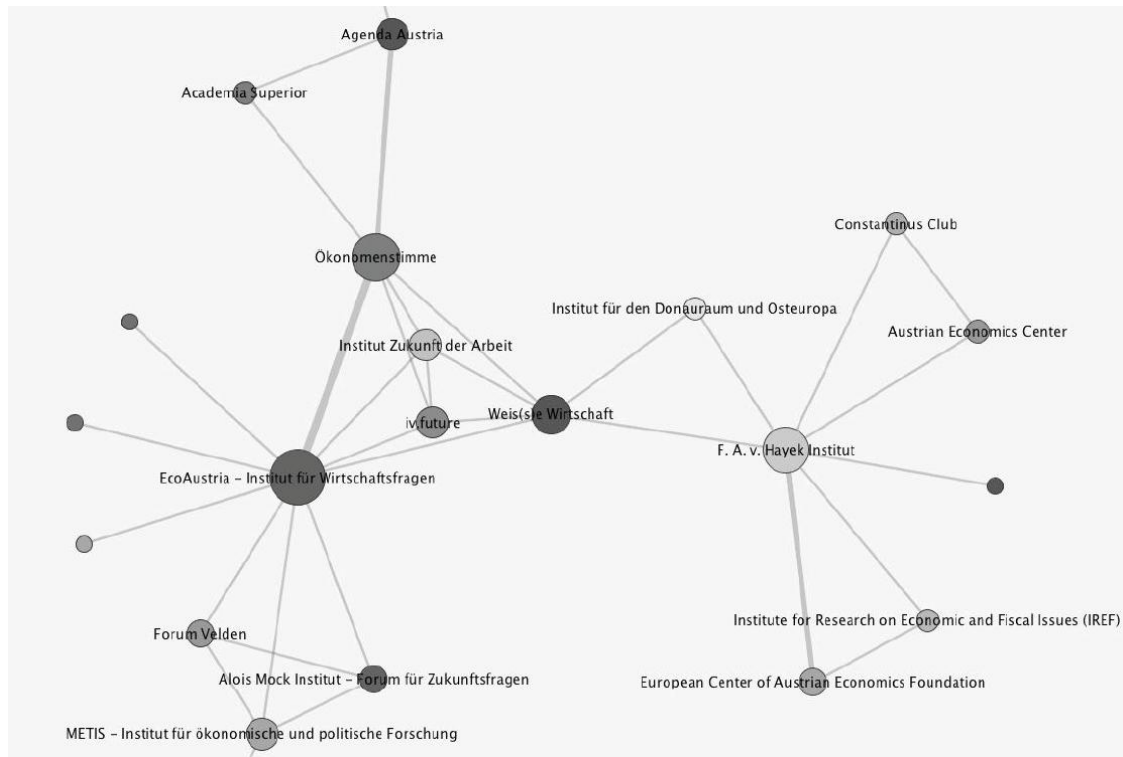


Abbildung 2: Institutionelle Vernetzung und Gründungsjahr

Quelle: Schlögl/Plehwe 2015, 34

Abbildung 2 zeigt die Verbindungen innerhalb der österreichischen Think Tank-Landschaft. Je größer die Kreise dargestellt sind, desto mehr Verbindungen zwischen beteiligten Personen (ForscherInnen, DirektorInnen oder Beiratsmitgliedern) konnten nachgewiesen werden. Die Farbe gibt Aufschluss über den Gründungszeitpunkt zwischen 1953 und 2013: je dunkler die Farbe des Kreises, desto später erfolgte die Gründung. Optisch erkennbar ist, dass viele Kreise dunkel gefärbt sind: von den 22 untersuchten Instituten sind 9 erst nach 2009 gegründet worden. Aus der Darstellung ist auch ersichtlich, dass bei EcoAustria und dem Hayek-Institut beteiligte Personen über besonders viele Verbindungen vernetzt sind. Ein Spezialfall in der Netzwerkanalyse – die „Ökonomenstimme“, ein Blog der ETH Zürich für Diskussionen zu volkswirtschaftlichen Themen im deutschsprachigen Raum – zeigt, dass Think Tanks auch als Medium dienen, um ihre ideologischen Standpunkte über nationale

Grenzen hinweg zu transportieren. Eine zusätzliche Erkenntnis aus der Studie ist, dass viele Think Tanks von den gleichen Partnern finanziert werden. Der Grund dafür ist, dass damit den Botschaften, die von den Think Tanks verbreitet werden, mehr Gewicht gegeben wird. Wenn mehrere unterschiedliche Experten eine ähnliche Meinung zum gleichen Thema in die Öffentlichkeit tragen, hat das mehr Effekt als eine einzelne Meinung (vgl. Schögl/Plehwe 2015, 34f).

Da das Hayek-Institut, EcoAustria und Agenda Austria zu den wichtigsten neoliberalen Think Tanks in Österreich gehören, werden diese drei Institute im Folgenden näher beschrieben.

4.2 Hayek-Institut

Das Hayek-Institut wurde 1993, ein Jahr nach dem Tod von Friedrich August von Hayek, mit Unterstützung der IV und der Industrie gegründet (vgl. Schögl/Plehwe 2015, 31). Das Budget des Hayek-Instituts lag 2015 bei ca. 65.000 Euro (vgl. Hiptmayr/Gepp 2016).

Das Hayek-Institut bezeichnet sich selbst als *„ein Wirtschaftsforum, das marktwirtschaftliche Lösungen entwickelt [...] und diese in ganzheitliche Zusammenhänge stellt; beruhend auf den Gesetzen von Ursache und Wirkung“* (Hayek-Institut 2018b). Das Hayek-Institut fühlt sich den Ansätzen von Friedrich August von Hayek und der von ihm wesentlich mitgeprägten „Österreichischen Schule der Nationalökonomie“ verpflichtet (vgl. ebenda). Aufgrund seiner klaren ideologischen Ausrichtung ist das Hayek-Institut eindeutig der Kategorie eines advokatorischen Think Tanks zuzuordnen.

Die Forschungsinhalte sind wirtschafts- und sozialpolitische Fragestellungen. Die Zielgruppen dieses Think Tanks stellen Unternehmen, Medien, Politik, Universitäten sowie Intellektuelle und Schulen dar. Das Hayek-Institut agiert offiziell politisch unabhängig und wird durch Mitgliedsbeiträge und große Sponsoren, die nicht näher benannt werden, finanziert (vgl. Hayek-Institut 2018b).

Der Vorstand des Hayek-Instituts ist mit wichtigen Personen aus der Industrie und der Bankenbranche besetzt. Die Standpunkte des Hayek-Instituts werden durch eine Serie von Büchern, Veranstaltung von Vorträgen und Konferenzen sowie medienwirksame TV-Diskussionsbeteiligungen durch die Präsidentin Barbara Kolm in der Öffentlichkeit verbreitet. Des Weiteren beteiligt sich das Hayek-Institut – wie bereits in Kapitel 4.1 beschrieben – rege an internationalen Netzwerken (vgl. Schögl/Plehwe 2015, 31f).

Das Hayek-Institut versucht die Österreichische Schule der Nationalökonomie auch an den Universitäten und Schulen zu verbreiten. Eine Grundlage dafür bietet u.a. die Hayek Stiftungsprofessur, die seit 2003 an österreichischen Universitäten läuft. Die Stiftungsprofessur, unter welcher GastprofessorInnen die Österreichische Schule in der Lehre verbreiten, wurde vom Finanzministerium unter Ex-Finanzminister Karl-Heinz Grasser mitfinanziert. Zwischen Grasser und dem Hayek-Institut gab es eine engere Zusammenarbeit: Grasser stellte dem Hayek-Institut Beiträge für Publikationen zur Verfügung und nahm als Gast an Veranstaltungen teil. Das Hayek-Institut wurde während der ÖVP-FPÖ-Regierung sowohl vom Finanzministerium als auch vom Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur finanziell unterstützt. Beide Ministerien zeigten Interesse daran, die Österreichische Schule der Nationalökonomie in der schulischen und akademischen Ausbildung zu etablieren. So wurden vom Buch „Wie funktioniert Wirtschaft wirklich“ (Muhr/Sonnleitner 2004), welches von Karlheinz Muhr, einem Mitglied des Hayek-Instituts, mitverfasst wurde, mehrere tausend Stück für Schulen von der damaligen Bildungsministerin Gehrler angekauft (vgl. Girking 2007, 210f).

Viel Lob durch das Hayek-Institut hat bspw. der slowakische Finanzminister Ivan Miklos für seine radikalen Reformen erhalten. Miklos hat 2004 in der Slowakei eine Flat Tax⁵ eingeführt. Er argumentiert, dass dadurch ein starkes Wirtschaftswachstum ermöglicht wird. Dieses bietet Menschen die Chance sich aus der Armut zu befreien. Neben einer Veränderung des Steuermodells hat Miklos auch drastische Kürzungen bei der Sozialhilfe in der Slowakei eingeführt. Miklos, ein Anhänger der Ideen von Hayek, befürwortet soziale Unterschiede. Diese führen seiner Meinung nach dazu, dass Eigeninitiative belohnt und Passivität bestraft wird. Für seine Verdienste hat ihn das Hayek-Institut 2005 mit einer Verdienstmedaille ausgezeichnet (vgl. Girking 2007, 212ff).

4.3 Agenda Austria

Agenda Austria wurde 2013 gegründet. Im Jahr 2016 betrug das Budget von Agenda Austria 1,2 Mio. Euro jährlich. Neben dem WIFO (Budget 2016: ca. 13 Mio. Euro) und dem IHS (Budget 2016: ca. 9,5 Mio. Euro) zählt Agenda Austria zu den größten österreichischen Think Tanks (vgl. Hiptmayr/Gepp 2016).

⁵ Unter Flat Tax wird eine Einheitssteuer verstanden. In der Slowakei betragen sowohl die Einkommens-, die Körperschafts- als auch die Umsatzsteuer einheitlich 19% (vgl. Lunzer 2006, 47). Problematisch an einer Einheitssteuer ist, dass untere Einkommenschichten steuerlich nicht entlastet werden. Daher trägt das System nicht zu mehr sozialer Gerechtigkeit bei.

Eine enge Verbindung weist Agenda Austria mit der Avenir Suisse auf (vgl. Schlögel/Plehwe 2015, 32). Bei Avenir Suisse handelt es sich um einen neoliberalen Think Tank aus der Schweiz, welcher bei der Gründung von Agenda Austria Unterstützung leistete (vgl. Avenir Suisse 2013).

Die zentralen gesellschaftlichen Werte, für welche sich Agenda Austria einsetzt, sind „Eigenverantwortung“ und „Freiheit“ (vgl. Agenda Austria 2018a). Erklärtes Ziel ist, dass die von Agenda Austria entwickelten „*Ideen von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft diskutiert und aufgegriffen werden*“ (ebenda). Als Zielgruppe für Studien und Analysen wird die breite Öffentlichkeit genannt (vgl. ebenda).

Agenda Austria beschäftigt derzeit 13 MitarbeiterInnen aus den Bereichen Wissenschaft, Projektmanagement und Journalismus. Direktor von Agenda Austria ist Dr. Franz Schellhorn, dessen Wurzeln sowohl in der Banken- als auch in der Medienbranche liegen. Schellhorn war bis 2013 Mitglied in der Chefredaktion der Zeitung „Die Presse“. Vereinsvorstand von Agenda Austria ist Dr. Christoph Kraus, welcher ebenfalls seit 1971 in der Bankenbranche tätig ist (vgl. Agenda Austria 2018b).

Finanziert wird Agenda Austria aus privaten Quellen. Monetäre Unterstützungen von Parteien, Staat oder Interessenvertretungen werden nicht angenommen, ebenso wenig wie externe Studienaufträge. Die privaten Quellen, welche Agenda Austria finanzieren, haben offiziell keinen Einfluss auf die Forschungsinhalte (vgl. Agenda Austria 2018a).

Zu dieser offiziellen Unabhängigkeit ist hinzuzufügen, dass dabei lediglich von einer relativen Unabhängigkeit gesprochen werden kann. Zwar agieren einige Think Tanks wie Agenda Austria offiziell unabhängig, dennoch sind sie finanziell von ihren Geldgebern abhängig, und müssen daher ihre Erwartungshaltung erfüllen, damit sie auch weiterhin von ihrem Förderkreis unterstützt werden (vgl. Schlögl/Plehwe 2015, 28f).

Der Förderkreis von Agenda Austria umfasst derzeit 41 Unternehmen und 13 Einzelpersonen. Unter den Sponsoren befinden sich viele Unternehmen aus der Bankenbranche wie z.B. Erste Bank, Oberbank, Raiffeisen Bank oder die Bausparkasse Wüstenrot, aber auch Großunternehmen aus diversen Industriebereichen z.B. Andritz AG (Maschinenbau), Mondi (Papierindustrie) oder REWE (Lebensmittelhandel) (vgl. Agenda Austria 2018c).

Agenda Austria beschäftigt sich sowohl mit wirtschafts- als auch mit sozialpolitischen Fragestellungen. Wichtige Themenbereiche sind z.B. der Arbeitsmarkt, das Einkommen, das Pensionssystem, der Sozialstaat, die Digitalisierung oder der Wirtschaftsstandort (vgl. Agenda Austria 2018d).

Agenda Austria arbeitet dabei verstärkt mit „best practice“-Beispielen. Ausgewählt werden dafür Beispiele, welche die marktliberale Ausrichtung von Agenda Austria hervorheben. Konkret wurde bereits auf die Pensionsreform in Schweden, die Föderalismusreform in der Schweiz oder auf die Arbeitsmarktreform in Deutschland Bezug genommen (vgl. Schlögel/Plehwe 2015, 32).

Diese Analysen und Studien werden von Agenda Austria medial äußerst wirksam vermarktet (vgl. Pühringer/Stelzer-Orthofer 2016, 4). Neben dem medienwirksamen Auftreten ist Agenda Austria auch aufgrund der klaren ideologischen Ausrichtung eindeutig der Kategorie eines advokatorischen Think Tanks zuzuordnen.

4.4 EcoAustria

EcoAustria wurde 2012 mit Sitz in Wien gegründet (vgl. EcoAustria 2017a) und setzt sich „*die Umsetzung hochqualitativer Forschung mit Schwerpunkten im öffentlichen Bereich zum Ziel*“ (EcoAustria 2017b). EcoAustria beschreibt sich selbst als unabhängiger, wissenschaftlicher Experte, der in einem immer komplexer werdenden Umfeld Entscheidungsgrundlagen für politische Akteure bereitstellt (vgl. ebenda).

Präsident des Vorstands ist Dr. Karl Sevelda, welcher seit über 40 Jahren in der Bankenbranche tätig ist. Auch Vize-Präsident Dr. Clemens Wallner war bereits in der Bankenbranche tätig und ist derzeit wirtschaftspolitischer Koordinator der IV (vgl. EcoAustria 2017c).

EcoAustria behandelt sozial- und wirtschaftspolitische Fragestellungen und setzt seine Schwerpunkte vor allem in den Bereichen Arbeitsmarkt, soziale Sicherung, öffentliche Finanzen, Wettbewerbsfähigkeit und in Wirkungsanalysen von sozial- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen (vgl. EcoAustria 2017a). Besonderen Fokus legt EcoAustria auf das Pensionssystem: im Jahr 2012 beteiligte sich EcoAustria maßgeblich an einem Aufruf zu einer Pensionsreform (vgl. EcoAustria 2017e). Bei den Forschungen und Analysen greift EcoAustria auf bereits bestehende Datengrundlagen zurück (vgl. EcoAustria 201b). Die Ergebnisse präsentiert EcoAustria aktiv über diverse Medien: über 100 Beiträge

von EcoAustria wurden alleine 2017 in den Printmedien veröffentlicht. Dazu kommen regelmäßige Radio- und Fernsehbeiträge (vgl. EcoAustria 2017f).

EcoAustria verfügt über ein Budget von ca. 500.000 Euro (vgl. Schlögl/Plehwe 2015, 38). Finanziert wird EcoAustria einerseits vom Bundesministerium für Finanzen, von der Industrie und von der IV, andererseits durch Auftragsforschung für öffentliche und private AuftraggeberInnen. Zu den nationalen und internationalen AuftraggeberInnen gehören auch die EU-Kommission, Bundesministerien und Bundes- und Landesregierungen. AuftraggeberInnen und Förderkreis aus der Industrie werden nicht näher benannt (vgl. EcoAustria 2017d).

EcoAustria ist teilweise der Kategorie der auftragsforschenden, aber auch teilweise der Kategorie der advokatorischen Think Tanks zuzuordnen: zwar wird einerseits Auftragsforschung für private und öffentliche Kunden betrieben, andererseits veröffentlicht EcoAustria medienwirksam eigene Beiträge zu sozial- und wirtschaftspolitischen Themen. Ideologisch sind die veröffentlichten Beiträge von EcoAustria – wie auch jene vom Hayek-Institut und Agenda Austria – einer neoliberalen Ausrichtung zuzuordnen. Alle drei Think Tanks besetzen bei „gesellschaftspolitische[n] Debatten das ‚semantic field‘ einer Agenda zum Rückbau des Sozialstaats“ (Pühringer/Stelzer-Orthofer 2016, 11).

Im nächsten Kapitel wird zunächst dargelegt, welche sozialpolitischen Themen vom Hayek-Institut, Agenda Austria und EcoAustria in der Breite zur Diskussion gestellt werden. Anschließend soll an einem zentralen Thema nochmals die neoliberale Argumentationsweise und ihre Kritikpunkte im Detail aufgezeigt werden.

5 Neoliberale Think Tanks und Sozialpolitik

Unter Sozialpolitik werden die soziale Sicherung und der Arbeitsschutz verstanden (vgl. Tálos/Wörister 1994, 9). Sozialpolitik umfasst „[d]as staatlich geregelte, auf der Grundlage von Rechtsansprüchen auf Geld-, Sach- oder Dienstleistungen abgeglichene System der sozialen Sicherung gegen [...] Risikobereiche der Industriegesellschaft“ (Schmidt 1988 zitiert nach Tálos/Wörister 1994, 9f).

Der staatlichen Sozialpolitik können folgende Bereiche zugeordnet werden: Arbeitsschutz, Arbeitsvertragsrecht, Arbeitsverfassung, Arbeitsvermittlung und Berufsförderung, Sozialversicherung (Kranken-, Unfall-, Arbeitslosen- und Pensionsversicherung), Sozialhilfe,

Gesundheitsversorgung und Politik für spezifische Zielgruppen, um deren Lebenslage zu verbessern, z.B. ältere Menschen oder Familien. Weitere Politikbereiche mit sozialpolitischer Relevanz sind die Bildungs-, Vermögens-, Wohnungs- und Beschäftigungspolitik (vgl. Kaufmann 2005, 26).

Im Folgenden wird analysiert, welche sozialpolitischen Themen von neoliberalen Think Tanks in Österreich aufgegriffen werden. Die nachfolgende Analyse erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit, sondern stellt jene Themen in der Breite dar, welche von neoliberalen Think Tanks besonders häufig thematisiert werden. Dabei wird dargelegt, welche Standpunkte dazu vertreten werden bzw. welche Ziele und Wirkung neoliberale Think Tanks mit ihrer sozialpolitischen Intervention erreichen wollen.

5.1 Sozialpolitische Themenwahl von Think Tanks

Die Rolle des Sozialstaats an sich ist ein Thema, mit dem sich neoliberale Think Tanks beschäftigen. Barbara Kolm, Präsidentin des Hayek-Instituts, vertritt öffentlich die Meinung, dass der Sozialstaat in Österreich in seiner derzeitigen Form weder zeitgemäß noch leistbar ist. Kolm ist der Ansicht, dass der Staat sowohl die Abgaben- und Steuerbelastung für ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen reduzieren soll als auch eine Kürzung in den Sozialausgaben vornehmen muss. Sie fordert, dass die bestehende Schuldenlast für die nächsten Generationen gesenkt wird. Kolm plädiert dabei für einen „Sozialstaat 3.0“. Darunter versteht Kolm einen schlanken Staat, welcher transparent agiert und die Eigenverantwortung der BürgerInnen fördert. Staatliche soziale Leistungen sollen einerseits nur in Anspruch genommen werden können, wenn in das System vorher auch eingezahlt wurde, andererseits sollen diese grundsätzlich auf ein Minimum reduziert werden. Anstelle von staatlicher sozialer Hilfe sollen vermehrt freiwillige private Initiativen aktiv werden (vgl. Hayek-Institut 2018c).

Kritik am Sozialstaat kommt auch von EcoAustria. EcoAustria bemängelt in einer Pressemitteilung, dass Österreich im EU-Vergleich eine überdurchschnittlich hohe Abgabenquote aufweist, jedoch diese Einnahmen nicht effizient genug verwendet. Im Leistungsvergleich mit anderen EU-Ländern schneidet Österreich vor allem im Bereich der öffentlichen Verwaltung, der Bildung und der Gesundheit unzureichend ab. EcoAustria folgert daraus, dass die Abgabenquote bei gleichem Leistungsniveau gesenkt werden könnte, wenn die Ausgaben effizienter verwendet würden (Vgl. EcoAustria 2017h).

Diese Argumentationen decken sich damit, dass der Neoliberalismus den Sozialstaat als ineffizient und bürokratisch darstellt. Neoliberale Vertreter lehnen – zumindest zum überwiegenden Teil - den Sozialstaat nicht völlig ab, sondern sprechen sich für eine Reduzierung der sozialstaatlichen Leistungen aus. Die Eigenverantwortung der BürgerInnen soll gesteigert werden. Damit soll die Gefahr verringert werden, dass diese Eigenverantwortung durch großzügige Sozialleistungen verloren geht (vgl. Butterwegge 2008, 136).

Weitere Reformen werden von neoliberalen Think Tanks hinsichtlich der Arbeitsvermittlung durch das AMS gefordert. Agenda Austria verlangt, dass das AMS mehr Druck auf Arbeitssuchende ausüben soll. Der Think Tank schlägt dazu vor, dass das Arbeitslosengeld anders als bisher verteilt wird: am Beginn der Arbeitslosigkeit soll ein höherer Betrag ausgezahlt werden, der mit Verlauf des Bezuges immer weiter abgesenkt wird. Dadurch soll Druck auf die Arbeitssuchenden ausgeübt werden, so rasch als möglich wieder eine neue Anstellung zu finden. Des Weiteren soll die Dauer des Bezugs stärker als bisher davon abhängig sein, wie lange vorher dafür einbezahlt wurde: je länger die Beitragsdauer, desto länger soll auch die Bezugsdauer sein (vgl. Agenda Austria 2018e).

In einem weiteren Beitrag fordert Agenda Austria, dass die gesetzliche Grenze für die Zumutbarkeit für die Anfahrt zur Arbeitsstelle ausgeweitet werden soll. Der Druck auf Arbeitssuchende soll damit ebenfalls erhöht werden, offene Stellen anzunehmen, auch wenn diese nicht den ursprünglichen Vorstellungen der Arbeitssuchenden entsprechen (vgl. Agenda Austria 2018f).

Mit der aufgezeigten Argumentationsweise stellen neoliberale Think Tanks Arbeitslosigkeit als freiwillig dar. Es wird suggeriert, dass freie Arbeitsplätze zur Verfügung stehen, jedoch von Arbeitslosen nicht angenommen werden, da die Arbeitsstellen nicht den Wunschvorstellungen entsprechen oder die Entfernung zum Wohnort als nicht passend angesehen wird.

Der Neoliberalismus stützt sich häufig auf die Argumentation, dass die sozialstaatlichen Leistungen als Hängematte für ein bequemes Leben benutzt werden und daher diese Leistungen gekürzt werden müssen. LeistungsbezieherInnen wie bspw. Arbeitslosen wird damit auch unterstellt, dass diese Transferleistungen zu Unrecht beziehen, während diese Leistungen nur wirklich Bedürftigen zustehen sollten (vgl. Butterwegge 2008, 180).

Ein weiterer Kritikpunkt der neoliberalen Think Tanks bezieht sich auf die Ausbildung der Arbeitssuchenden. Agenda Austria vertritt die Meinung, dass Arbeitslosigkeit weniger mit der Konjunktur, sondern vielmehr mit strukturellen Problemen – vor allem mit der Ausbildung – zusammenhängt. Es wird von Agenda Austria argumentiert, dass viele freie Stellen aufgrund der mangelnden Ausbildung der Arbeitssuchenden unbesetzt bleiben und es zu viele Arbeitssuchende mit niedriger Qualifikation gibt (vgl. Agenda Austria 2017b).

Auch EcoAustria fordert in einer Pressemitteilung, dass mehr Ausbildung und Qualifikation für den Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit in Österreich – neben einer Senkung der Abgabenquote, Arbeitszeitflexibilisierung und Entbürokratisierung – erforderlich sind (vgl. EcoAustria 2017i).

Aus diesen Beiträgen lässt sich die neoliberale Forderung nach mehr Freiheit und Eigenverantwortung der BürgerInnen ableiten, d.h. BürgerInnen sind dafür verantwortlich, dass sie Ausbildungen ergreifen, welche von den ArbeitgeberInnen auch benötigt werden.

Diese Forderung deckt sich auch mit der Ansicht von Hayek, wonach BürgerInnen aufgrund der freien Berufswahl das Risiko für Einkommensverluste selbst zu tragen haben (vgl. Hayek 1994, 159ff).

Es lassen sich jedoch auch ordoliberalen Ansichten in den Beiträgen erkennen: Die Think Tanks fordern, dass der Staat mehr in die Ausbildung eingreift (z.B. durch Förderungen oder durch Zugangsbeschränkungen), damit günstige Rahmenbedingungen für die Aufrechterhaltung des Wettbewerbs geschaffen werden.

Des Weiteren wird in den Beiträgen der Sozialstaat wieder als bürokratisch, unflexibel und ineffizient hervorgehoben: Das Hayek-Institut kritisiert in einem veröffentlichten Beitrag z.B. die Rolle des Staates am Bildungssystem. In diesem Beitrag werden der Fachkräftemangel und die vergleichsweise niedrige Akademikerquote in Österreich auf das öffentliche Schulsystem zurückgeführt. Gemäß der Ansicht des Hayek-Instituts ist das öffentliche Schulsystem in Österreich überfordert und bildet SchülerInnen nur mangelhaft aus. Daher fordert der Beitrag, dass sich der Staat mehr aus dem Bildungssystem zurückzieht und mehr Privatschulen gegründet werden (vgl. Lacchini 2018c).

Die Forderung nach Privatisierung staatlicher Funktionen ist ein Kernelement des Neoliberalismus. Dabei wird unterstellt, dass der private Sektor Leistungen effizienter und zuverlässiger bereitstellen kann als der Staat (vgl. Butterwegge 2008, 136). Interessant an dieser Forderung ist jedoch, dass der Liberalismus eigentlich für Chancengleichheit bei den Ausgangsbedingungen steht und Bildung als ein Bürgerrecht ansieht (vgl. Lenk/Franke 1991, 67). Diesem Appell nach mehr Privatisierung im Bildungswesen wird dem liberalen Prinzip

von gleichen Ausgangschancen nicht gerecht, da sich benachteiligte soziale Schichten Privatschulen kaum leisten können.

Ein weiteres zentrales Thema der neoliberalen Think Tanks ist der Mindestlohn. Die Sozialpartnerschaft hat sich 2017 darauf geeinigt, dass ein Mindestlohn von 1.500 Euro bis 2020 in alle Kollektivverträge aufgenommen wird (vgl. Sozialpartnerschaft Österreich 2017). Diese Regelung wird von EcoAustria kritisiert. EcoAustria beruft sich darauf, dass dieser Mindestlohn einer der höchsten in Europa ist und die hohen Lohnkosten sich nachteilig auf den Standortwettbewerb für Österreich auswirken. Des Weiteren argumentiert EcoAustria, dass der hohe Mindestlohn zu Preissteigerungen führen wird. Diese Preissteigerungen bewirken einen Nachfragerückgang, welcher sich in weiterer Folge negativ auf die Beschäftigung auswirkt (vgl. EcoAustria 2017j).

Nach EcoAustria trifft ein hoher Mindestlohn besonders Niedrigqualifizierte, da diese überdurchschnittlich oft von Arbeitslosigkeit betroffen sind und hohe Mindestlöhne ihnen die Arbeitssuche erschweren. EcoAustria geht davon aus, dass bei höheren Mindestlöhnen weniger Arbeitsstellen für Niedrigqualifizierte angeboten werden (vgl. EcoAustria 2017k).

Auch Agenda Austria spricht sich gegen einen Mindestlohn von 1.500 Euro aus. Agenda Austria rechnet damit, dass durch die Einführung dieses Mindestlohns 20.000 Arbeitsplätze wegfallen werden. Da der Mindestlohn zu mehr Arbeitslosigkeit führe, ist dieser laut Agenda Austria kein geeignetes Mittel, um Armut zu verringern (vgl. Agenda Austria 2017c).

Diese Annahmen von EcoAustria und Agenda Austria werden allerdings von der Hans-Böckler-Stiftung widerlegt: 2015 wurde ein Mindestlohn in der Höhe von 8,50 Euro/Stunde in Deutschland eingeführt. Nach Einführung dieses Mindestlohns verbesserte sich die Lage am Arbeitsmarkt weiter und es konnte eine Stabilisierung der niedrigen Einkommen festgestellt werden. Die Prognose, dass der Mindestlohn zu einer steigenden Arbeitslosigkeit führen wird, hat sich in Deutschland nicht bestätigt (vgl. Hans-Böckler-Stiftung 2018, 15).

Die Argumentationen der Think Tanks gegen den Mindestlohn, d.h. auch gegen ein steigendes Lohnniveau, stellen ein wesentliches Merkmal der neoliberalen Politik dar (vgl. Nordmann 2005, 26).

Da die Think Tanks ein Naheverhältnis zur IV und/oder Industrie haben, sind Forderungen, welche eine Senkung der Lohn- und Lohnnebenkosten beinhalten, für diese von hoher Relevanz. Diese Forderung wird mit den Gegebenheiten der Globalisierung und dem damit verbunden Standortwettbewerbsdruck begründet. Kritiker des Neoliberalismus argumentieren,

dass diese Forderung jedoch nur den Zuwachs von Profit für mächtige Gruppierungen sicherstellen soll (vgl. Butterwegge 2008, 145).

Auch zum Thema „Soziale Ungleichheit“ beziehen neoliberale Think Tanks Stellung. Das Hayek-Institut veröffentlichte zu diesem Thema einen Artikel von Andreas Tögel, der die Kritik an der ungleichen Verteilung von Vermögen anprangert. Tögel vertritt die Meinung, dass staatliche Eingriffe zur Umverteilung von Vermögen sich in der Vergangenheit als kontraproduktiv erwiesen haben. Für Tögel ist Ungleichheit nichts Negatives, sondern das Ergebnis von Fleiß und Begabung. Tögel ist daher der Meinung, dass Ungleichheit nicht beseitigt werden muss. Er fordert vielmehr, dass über Ansätze nachgedacht werden muss, die es Ärmern ermöglicht sich aus eigener Kraft ein besseres Leben aufzubauen. Tögel kritisiert auch, dass u.a. NGOs nur die steigende Kluft zwischen Arm und Reich thematisieren, jedoch verschweigen, dass der Anteil von Menschen unter der Armutsgrenze auf globaler Ebene rückläufig ist (vgl. Tögel 2017).

Auch in dieser Argumentation spiegelt sich die Grundannahme des Neoliberalismus wider, dass soziale Ungleichheit durchaus erwünscht ist. Der Neoliberalismus sieht Ungleichheit als natürlich und produktiv an. Eine Ungleichheit ist erforderlich, damit ein Anreiz für Benachteiligte besteht sich mehr anzustrengen und um damit in weiterer Folge die ökonomische Effizienz weiter zu steigern (vgl. Schlögl/Plehwe 2015, 39).

Kritisch an dieser Annahme des Neoliberalismus ist, dass dabei die Tatsache, dass BürgerInnen aufgrund der vorhandenen Ungleichheit nicht die gleichen Chancen haben, sich ein gutes Leben zu schaffen, einfach als gegeben hingenommen wird (vgl. Girking 2007, 205).

Die Familienpolitik wird von neoliberalen Think Tanks ebenfalls aufgegriffen. Das Hayek-Institut hebt dabei Schweden als Vorbild hervor, da in Schweden viel Wert darauf gelegt wird, dass einerseits Beruf und Familie vereinbar sind, und andererseits, dass die Kinderbetreuung zwischen beiden Elternteilen gleichmäßig verteilt wird. Ein Kritikpunkt des Hayek-Instituts am schwedischen Modell ist jedoch, dass die Kinderbetreuung staatlich und nicht privat organisiert wird (vgl. Kurbogaj-Ajeti 2018).

Auch Agenda Austria bezieht zur Familienpolitik Stellung und fordert, dass die gesetzlichen Karenzzeiten verkürzt und somit das bestehende Karenzmodell überarbeitet werden müsse. Schellhorn hält dabei Anreize für eine gleichmäßigere Verteilung der Karenzzeit auf beide Elternteile für sinnvoll. Kritik wird aber auch am gesetzlichen Recht auf Elternteilzeit geübt.

Agenda Austria vertritt dazu die Meinung, dass Eltern zügig wieder arbeiten gehen sollen und zwar bevorzugt Vollzeit. Argumentiert wird diese Forderung damit, dass Gehaltseinbußen durch Teilzeitarbeit – vor allem bei Frauen mit Kindern - verringert werden sollen (vgl. Schellhorn 2018).

Für Kritiker zielen diese Forderungen lediglich darauf ab, dass vor allem hochqualifizierte Frauen einen finanziellen Anreiz bekommen, um Kinder in die Welt zu setzen und um anschließend ihren ArbeitgeberInnen zügig wieder Vollzeit zur Verfügung zu stehen (vgl. Butterwegge 2008, 158).

Die vorangegangene Analyse stellte dar, welche sozialpolitischen Themen vom Hayek-Institut, Agenda Austria und EcoAustria in der Breite diskutiert werden. Auffällig bei der Analyse ist, dass zum Großteil gleiche Themen aufgegriffen werden. Bei der Analyse der sozialpolitischen Themenwahl trat auch hervor, dass ein Thema von allen drei ausgewählten Think Tanks besonders stark diskutiert und kritisiert wird: das Pensionssystem. Aus diesem Grund wird dieses Thema im Folgenden separat näher beschrieben, um die Argumente und Sichtweisen der Think Tanks im Detail darzulegen.

5.2 Neoliberale Argumentationen am Beispiel des Pensionssystems

In Österreich ist die staatliche Pensionsvorsorge durch eine Pflichtversicherung und auf Basis des Umlageverfahrens geregelt. In Summe beträgt der Beitrag zur Pensionsversicherung 22,8% des Bruttolohns, davon trägt der/die ArbeitnehmerIn 10,25% und der/die ArbeitgeberIn einen etwas höheren Anteil von 12,55%. Bis zur Pensionsreform von 2004 wurden die besten 15 Jahre zur Berechnung der Pension herangezogen. Seit dieser Pensionsreform zählen für alle nach 1954 Geborenen die besten 40 Einkommensjahre. Die Voraussetzungen für den Anspruch auf Frühpension wurden mit der Pensionsreform von 2004 ebenfalls verschärft: für Arbeitslose ist es seitdem nicht mehr möglich vorzeitig pensioniert zu werden und seit 2017 ist es auch bei einer langen Versicherungsdauer nicht mehr möglich früher in Pension zu gehen. Angepasst wurden auch die Bestimmungen zu den Hacklerregelungen⁶ (vgl. Christl/Kucsera 2014, 10ff)

In Österreich können Männer derzeit mit einem Regelpensionsalter von 65 Jahren und Frauen mit 60 Jahren in Pension gehen, wenn sie mindestens 180 Versicherungsmonate aufweisen.

⁶ Unter „Hacklerregelung“ wird eine Langzeitversicherungspension verstanden. Abhängig vom Geburtsjahr gelten unterschiedliche Regelungen bzgl. des möglichen Pensionsantrittsalters und den dafür erforderlichen Beitragsmonaten (vgl. BMASGK 2018, 9).

1992 wurde durch ein Bundesverfassungsgesetz beschlossen, dass das Regelpensionsalter von Frauen schrittweise an jenes von Männern angeglichen wird. Dieser schrittweise Angleich wird mit 2033 abgeschlossen sein. Mehr Transparenz soll durch das neue Pensionskonto, welches mit 2014 aktiviert wurde, geschaffen werden (vgl. BMASGK 2018, 7f).

Der Ausgleichszulagenrichtsatz für 2018 in Österreich beträgt 909,42 Euro pro Monat für Alleinstehende. Bei sehr niedrigen Pensionsansprüchen wird die Differenz zum Ausgleichszulagenrichtsatz vom Staat erstattet (vgl. ebenda, 24).

Die Neuerungen durch die Pensionsreform von 2004 werden von Agenda Austria als positiv jedoch nicht ausreichend bewertet, um eine nachhaltige Finanzierung des Pensionssystems in Österreich sicherzustellen (vgl. Christl/Kucsera 2014, 12).

Sowohl Agenda Austria, EcoAustria als auch das Hayek-Institut fordern eine grundlegende Reformierung des Pensionssystems: auf der Homepage von Agenda Austria finden sich ca. 40 Einträge zum Thema Pensionen in Form von Artikeln, Grafiken und Publikationen (vgl. Agenda Austria 2018d). EcoAustria hat zum Thema Pensionen 2 Forschungsberichte und 3 Pressemitteilungen veröffentlicht (vgl. EcoAustria 2017g). Des Weiteren beteiligt sich EcoAustria an einem Aufruf zur Pensionsreform, dessen Inhalte medienwirksam verbreitet werden (vgl. EcoAustria 2017e). Auch das Hayek-Institut nimmt in veröffentlichten Artikeln zum Pensionssystem Stellung (vgl. Hayek-Institut 2018d).

Im Folgenden wird näher beschrieben, welche Kritikpunkte diese neoliberalen Think Tanks am Pensionssystem üben und mit welcher Argumentationsweise sie ihre Kritik stützen.

Neoliberale Think Tanks argumentieren einen Reformbedarf vor allem mit Veränderungen in der Lebenserwartung und in der Erwerbsbiografie: 1970 lag die Lebenserwartung bei Männern bei 66 Jahren bzw. bei 73 Jahren bei Frauen. Diese Lebenserwartung hat sich seitdem deutlich erhöht und lag 2012 bei 78 Jahren bei Männern und 83 Jahren bei Frauen. Im gleichen Zeitraum hat sich das faktische Pensionsantrittsalter verringert: bei Männern von 62 auf 59 Jahre und bei Frauen von 60 auf 57 Jahre. Die Bezugsdauer von Pensionen hat sich damit deutlich erhöht und wird zur Belastung für das System (vgl. Gundinger 2014).

Hinzu kommt, dass die Ausbildungszeiten gestiegen sind: 1971 sind BürgerInnen mit durchschnittlich 17 Jahren ins Erwerbsleben eingestiegen. 2011 erfolgte der durchschnittliche Berufseinstieg mit 21 Jahren. Somit haben sich die Beitragszeiten während eines durchschnittlichen Arbeitslebens von 45 auf 38 Jahre verkürzt (vgl. Agenda Austria 2016).

Eine weitere Belastung für das Pensionssystem wird in der veränderten Altersstruktur gesehen: die geburtenstarken Jahrgänge ab Mitte der 1950er Jahre werden bald in Pension gehen. Dadurch fallen einerseits Beiträge in das Pensionssystem weg, andererseits werden die Ausgaben für diese Pensionen steigen. Da ab den 1970er Jahren die Geburtenraten zurückgegangen sind, wird das Missverhältnis zwischen Erwerbstätigen und PensionsbezieherInnen steigen: Während derzeit auf zwei Erwerbstätige ein/e PensionsbezieherIn kommt, wird prognostiziert, dass sich dieses Verhältnis in ca. 20 Jahren dahingehend verändert, dass pro Erwerbstätigen ein/e PensionsbezieherIn kommt (vgl. Gundinger 2014).

Neoliberale Think Tanks argumentieren, dass die steigende Lebenserwartung die Nachhaltigkeit des derzeitigen Pensionssystems bedroht. Aus diesem Grund wird eine Pensionsautomatik gefordert, d.h. eine automatische Anpassung des gesetzlichen Pensionsantrittsalters an diese steigende Lebenserwartung (vgl. Agenda Austria 2016).

Agenda Austria bewirbt dabei sehr stark die schwedische Pensionsreform. An der Pensionsreform in Schweden war maßgeblich der schwedische Think Tank Timbro beteiligt. Timbro wird überwiegend von ArbeitgeberInnen finanziert. Dieser Think Tank hat einen großen Einfluss auf die öffentliche Meinung in Schweden und ist weltweit fest in neoliberale Netzwerke eingebunden (vgl. Schlögl/Plehwe 2015, 39f).

Im schwedischen Modell können BürgerInnen im Korridor von 61 bis 69 Jahren selbst über den Pensionsantrittszeitpunkt entscheiden, wobei sich die Höhe der Pension bei früherem Antritt verringert. Der Beitrag am fiktiven Pensionskonto, auf welches BürgerInnen einzahlen, wird bei Pensionsantritt durch die erwartete Pensionsdauer, d.h. die statistische Lebenserwartung, dividiert. Somit gibt es einen eindeutigen Zusammenhang zwischen Höhe und Dauer der Pension. Einen wesentlichen Unterschied zu Österreich gibt es auch in der Höhe der Beitragszahlungen: diese liegen in Schweden nur bei 18,5% vom Bruttolohn und werden in gleichen Teilen von ArbeitnehmerInnen und ArbeitgeberInnen entrichtet (vgl. Christl/Kucsera 2014, 13f).

Agenda Austria argumentiert mit eigenen Modellrechnungen, dass das derzeitige Pensionssystem in Österreich zu steigenden Pensionsversicherungsbeiträgen, zu sinkenden Pensionen und steigenden Bundeszuschüssen führen wird. Gemäß der Argumentation von Agenda Austria würden sich diese Werte bei einer Pensionsautomatik nach schwedischem Modell bis 2045 weniger deutlich erhöhen und bis 2060 sogar auf das aktuelle Niveau

stabilisieren. Daher wird das schwedische Modell von Agenda Austria stark zur Nachahmung für Österreich empfohlen (vgl. ebenda, 5f).

Kritisch am schwedischen Modell und der damit verbundenen Wahlfreiheit beim Pensionsantritt ist jedoch, dass keine soziodemografischen Faktoren mitberücksichtigt werden. Das schwedische Modell ignoriert, dass sich soziale Ungleichheit, vor allem ein niedriges Einkommen und niedrige Bildung, auch auf die statistische Lebenserwartung negativ auswirkt. Die Folge ist eine Umverteilung von den unteren sozialen Schichten zu den oberen, was mit dem Prinzip von Solidarität in der sozialstaatlichen Absicherung nicht konform geht (vgl. Pühringer/Stelzer-Orthofer 2016, 19).

In der Debatte um eine Pensionsreform wird auch das niedrigere Pensionsantrittsalter von Frauen thematisiert. Neoliberale Think Tanks argumentieren, dass das niedrige Pensionsantrittsalter von Frauen für diese von Nachteil ist, da diese somit im Vergleich zu Männern fünf Beitragsjahre verlieren und damit eine niedrigere Pension beziehen. Es wird daher gefordert, dass die Angleichung des Regelpensionsalters schneller als vorgesehen umgesetzt wird, damit Frauen mehr Beitragsjahre und eine höhere Pension erreichen (vgl. Schellhorn 2017).

Aus kritischer Sichtweise kann – ähnlich wie beim Thema Familienpolitik - argumentiert werden, dass es den neoliberalen Think Tanks weniger um das Wohl von ArbeitnehmerInnen geht, sondern dass diese Forderung vor allem im Sinne der Interessen von ArbeitgeberInnen ist, damit (hochqualifizierte) Frauen länger am Arbeitsmarkt verfügbar sind.

Das derzeitige Pensionssystem benachteiligt gemäß den neoliberalen Think Tanks nicht nur Frauen, sondern behandelt ArbeitnehmerInnen auch gemäß der Berufsgruppenangehörigkeit ungerecht. Während vor allem Angestellte der Nationalbank und Bundesbeamte für ihre Einzahlungen in das System einen höheren Anspruch zugestanden bekommen, schneiden ASVG-Versicherte im Vergleich dazu schlechter ab. Diese Ungleichbehandlung entsteht durch die unterschiedlichen Berechnungssysteme der Pensionsversicherungen. Durch die staatliche geregelte Pflichtversicherung haben BürgerInnen derzeit keine Möglichkeit sich gegen diese empfundene Ungleichbehandlung zu wehren (vgl. Agenda Austria 2016).

Dieser Standpunkt beinhaltet neben der Forderung nach einer Harmonisierung der Pensionssysteme auch eine Kritik an den hohen Beiträgen für das staatliche Pensionssystem – vor allem für die Seite der ArbeitgeberInnen der Privatwirtschaft. Agenda Austria hebt

deutlich hervor, dass die österreichischen Beiträge zum Pensionssystem zu den höchsten in Europa zählen (vgl. Christl/Kucsera 2014, 10f).

Aus der Sicht von neoliberalen Think Tanks führt das aktuelle Pensionssystem zu einem ständig steigenden Anteil der Pensionen am Bruttoinlandsprodukt (BIP): 2008 wurden 13,6% des BIP für Pensionszahlungen ausgegeben, im Jahr 2015 machten diese bereits 14,9% des BIP aus. Ein besonderer Kritikpunkt ist, dass auch die staatlichen Zuschüsse sehr hoch sind und im Zeitverlauf ansteigen: Pensionen weisen eine Unterdeckung von mehr als 40% auf, d.h. die ausbezahlten Pensionen können vom Umlagesystem nicht gedeckt werden. Diese staatlichen Zuschüsse betragen 2013 bereits 22,7% aller Steuereinnahmen (vgl. EcoAustria 2017g).

Agenda Austria hat dazu das Regierungsprogramm von 2017-2022 bewertet: in Summe wird dieses als „ernüchternd“ bezeichnet. Besonders kritisiert wird, dass zu wenige Maßnahmen zur Reduzierung der Finanzierungslücke im Pensionssystem festgelegt wurden, dass keine Pensionsautomatik vorgesehen ist und dass eine Erhöhung der Mindestpension vorgesehen wird (vgl. Agenda Austria 2017a, 3): im Regierungsprogramm 2017-2022 verspricht die Regierung, dass bei 40 Beitragsjahren eine Mindestpension von 1.200 Euro für Einzelpersonen bzw. 1.500 Euro für Ehepaare garantiert wird (vgl. Bundeskanzleramt 2017, 100).

Positiv werden von Agenda Austria hingegen Maßnahmen bewertet, welche die Harmonisierung des Pensionssystems fördern, insbesondere die geplante Vereinheitlichung der Pensionsversicherung (vgl. Agenda Austria 2017a, 3f).

Für die zukünftige Finanzierung der Pensionen bewerten Think Tanks das Umlagesystem als zu ungewiss. Daher wird gefordert, dass BürgerInnen die Möglichkeit haben sollten, selbst zu entscheiden, ob sie diesem System weiterhin vertrauen wollen oder ob sie davon aussteigen und ihre Altersvorsorge auf einem anderen Weg finanzieren wollen. Ein derartiger Ausstieg aus dem Umlagesystem würde zu einer steigenden Staatsverschuldung führen und dazu, dass bestehende Pensionsansprüche möglicherweise nicht erfüllt werden können. Allerdings sollten BürgerInnen gemäß den neoliberalen Think Tanks das Recht haben, die Einzahlung in ein System zu verweigern, wenn es unsicher ist, ob sie zum eigenen Pensionsantritt selbst gleichwertige Leistungen aus diesem System beziehen werden (vgl. Gundinger 2014).

Neoliberale Think Tanks werfen der Regierung in Österreich vor, dass diese die dringend erforderlichen Reformen im Pensionssystem ignorieren bzw. den BürgerInnen trotz sich

verschlechternder Kennzahlen bestätigen, dass das Pensionssystem sicher ist. Neoliberale Think Tanks behaupten, dass die Politik notwendige, aber bei WählerInnen unpopuläre Reformen verweigert, um sich deren Wählerstimmen zu sichern. Immerhin müssten drei Viertel der BürgerInnen bei der Umsetzung der geforderten Reformen Nachteile in Kauf nehmen, um das Pensionssystem nachhaltig abzusichern (vgl. Christl 2017).

Neoliberale Think Tanks schüren mit ihren Beiträgen zum Pensionssystem die Ängste von BürgerInnen, dass das Pensionssystem instabil ist und die Politik nicht ausreichend darauf reagiert. Die Wirkung, welche neoliberale Think Tanks damit erzielen, ist, dass BürgerInnen verunsichert werden, ob sie nach dem Ausscheiden aus dem Erwerbsleben eine ausreichende staatliche Pension erhalten werden.

Kritiker des Neoliberalismus sehen darin eine Strategie der Think Tanks, um ihrem Förderkreis – von denen viele aus dem Bankensektor kommen – bei der Akquise von neuen Kunden behilflich zu sein. Butterwegge (2008, 153) schreibt dazu: *„Zu den Nutznießern zählen Versicherungskonzerne, Großbanken und Finanzdienstleistungsunternehmen, deren Interesse sich auf Geldzuflüsse seitens verängstigter Privatkunden konzentriert, aber auch die Arbeitgeber anderer Branchen, denen eine Senkung ihrer Sozialbeiträge vorschwebt“*.

In Deutschland wurde im Jahr 2000/2001 eine Reform des Pensionssystems durchgeführt, welche mit dem demografischen Wandel und mit der Notwendigkeit der Reduktion der Lohnnebenkosten begründet wurde. Während die ArbeitgeberInnenseite finanziell entlastet wurde, führte die Teilprivatisierung dazu, dass ArbeitnehmerInnen nur mehr eine Minimalversorgung durch den Staat erwarten können. Um einen bestimmten Lebensstandard aufrechterhalten zu können, ist in Deutschland eine zusätzliche private Absicherung erforderlich (vgl. Butterwegge 2008, 192).

Wird auch in Österreich die Bedeutung von privater Absicherung im Alter aufgrund von sinkenden staatlichen Pensionen zunehmen, so wird diese Entwicklung zu einer steigenden Altersarmut führen, da untere soziale Schichten kaum in der Lage sein werden eine private Absicherung zu finanzieren (vgl. Pühringer/Stelzer-Orthofer 2016, 19).

Neben dem Aspekt der Leistbarkeit sind mit einer privaten Pensionsvorsorge auch ein Inflations- und ein Kapitalmarktrisiko verbunden, welche der/die Versicherte zu tragen haben. Bei einer privaten Pensionsversicherung stellen vor allem die derzeit sehr niedrigen Zinsen ein Problem dar: Da die einbezahlten Prämien gering verzinst werden und die Kostenbelastung (z.B. Spesen, Steuern) hoch ist, amortisiert sich eine private

Pensionsversicherung oftmals nicht. Die Arbeiterkammer hat mehrere private Pensionsversicherungen anhand von Testmodellen bewertet und festgestellt, dass sich eine private Pensionsversicherung nur auszahlt, wenn der/die Versicherte sehr alt wird und damit lange Prämienzahlungen aus der Versicherung bezieht. In den meisten Fällen wird aus einer privaten Pensionsversicherung jedoch weniger bezogen als zuvor einbezahlt wurde (vgl. Arbeiterkammer 2018). Diese Studie zeigt daher ebenfalls auf, dass vor allem Versicherungsanbieter die Nutznießer bei einer privaten Pensionsversicherung sind.

6 Zusammenfassung und Fazit

Die vorliegende Arbeit beschäftigte sich mit neoliberalen Think Tanks und deren Standpunkten zu sozialpolitischen Themen in Österreich. In der Arbeit wurde zunächst auf den Neoliberalismus an sich eingegangen, welcher seit Ende der 1970er Jahre das beherrschende Paradigma in der westlichen Wirtschaftspolitik darstellt. Neben einem Abbau von sozialstaatlichen Leistungen kennzeichnet sich der Neoliberalismus durch zunehmende Deregulierungen, Privatisierungen, Liberalisierungen, eine steigende Bedeutung des Freihandels und die Forderung nach einer flexiblen Anpassung der ArbeitnehmerInnen an die Markterfordernisse.

Um in weiterer Folge analysieren zu können, welche sozialpolitischen Standpunkte neoliberale Think Tanks in Österreich vertreten, wurde anschließend auf den Begriff, die Kategorien und die Funktionen von Think Tanks eingegangen. Es wurde dargelegt, dass aufgrund ihrer eindeutigen ideologischen Ausrichtung und ihrem öffentlichkeitswirksamen Auftreten die Kategorie der advokatorischen Think Tanks von besonderer Bedeutung für diese Arbeit sind. Diese Think Tanks schaffen neue politikrelevante Informationen und Ideen und versuchen ihre Botschaften möglichst effektiv an ihre Zielgruppe zu verbreiten. Dabei spielen Netzwerke eine wichtige Rolle, denn durch Vernetzungen - zwischen den Think Tanks selbst, aber auch mit weiteren bedeutsamen Institutionen und Personen - werden ihre Ideen verstärkt und gewinnen an Einfluss.

In der Arbeit wurde auch gezeigt, dass viele neoliberale Think Tanks erst im letzten Jahrzehnt entstanden sind und sich die Anzahl laufend erhöht. Ein wesentlicher Grund dafür ist, dass die IV und finanzstarke Unternehmen seit 2009 verstärkt begonnen haben, die Entstehung von neuen, wirtschaftsnahen Think Tanks zu fördern.

Um die erste Forschungsfrage dieser Arbeit „*Welche neoliberalen Think Tanks spielen in der österreichischen sozialpolitischen Diskussion eine Rolle?*“ zu beantworten, wurde vor allem

auf Netzwerkanalysen von Pühringer/Stelzer-Orthofer (2016) und von Schlögl/Plehwe (2015) zurückgegriffen. Diese zeigen, dass die Think Tanks Hayek-Institut, Agenda Austria und EcoAustria aufgrund ihrer starken personellen und institutionellen Vernetzung von großer Bedeutung sind, weshalb diese für weiterführende Analysen ausgewählt wurden.

Das Hayek-Institut ist der älteste neoliberale Think Tank in Österreich und arbeitet rege daran, die Verbreitung der Österreichischen Schule der Nationalökonomie – auch an Universitäten und Schulen - zu forcieren. Des Weiteren ist das Hayek-Institut fest in das neoliberale Netzwerk rund um die MPS eingebunden. Agenda Austria ist einer der finanzstärksten Think Tanks in Österreich und verbreitet seine marktliberale Ausrichtung äußerst medienwirksam. Dabei greift Agenda Austria häufig auf „best practice“-Beispiele aus anderen europäischen Ländern zurück. EcoAustria betreibt zum Teil Auftragsforschung für öffentliche und private AuftraggeberInnen, veröffentlicht jedoch auch zahlreiche eigene Forschungsberichte und Pressemitteilungen, welche einer neoliberalen Ausrichtung zuzuordnen sind.

Darüber hinaus sind in den letzten Jahren weitere neoliberale Think Tanks entstanden wie bspw. „Weis(s)e Wirtschaft“, „iv.future“, „Austrian Economics Center“ oder „Austrian Institute of Economics and Social Philosophy“.

Als weitere Forschungsfrage wurde formuliert: „*Welche sozialpolitischen Themen stehen im Fokus von neoliberalen Think Tanks in Österreich?*“

Die Think Tanks Hayek-Institut, Agenda Austria und EcoAustria greifen im Bereich der Sozialpolitik Themen auf, bei denen sie Korrekturmaßnahmen für erforderlich halten. Ihre veröffentlichten Beiträge beinhalten vor allem Forderungen zu folgenden Themen:

- Kürzung der Sozialausgaben
- Bürokratieabbau und Effizienzsteigerung im öffentlichen Bereich
- Reduktion der Lohn- und Lohnnebenkosten (z.B. Senkung des Mindestlohns)
- Reformen beim Arbeitslosengeld (z.B. strengere Bezugsvoraussetzungen, geringere Höhe)
- flexiblere Anpassung der ArbeitnehmerInnen an Marktbedürfnisse (z.B. Erhöhung der Zumutbarkeitsgrenzen bei Wegzeiten zum Arbeitsplatz)
- Verbesserung der Ausbildung der ArbeitnehmerInnen
- Verkürzung der Karenzzeit und Elternteilzeit
- Gegen staatliche Eingriffe zur Umverteilung von Vermögen
- Nachhaltige Reformierung des Pensionssystems (z.B. durch Pensionsautomatik oder durch eine zügigere Angleichung des Regelpensionsalters von Frauen)

Die dritte Forschungsfrage lautete: „*Warum werden diese Themen zur Debatte gestellt und welche Veränderungen werden angestrebt?*“

Aus Perspektive der Think Tanks sind diese Themen u.a. für den Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit von österreichischen Unternehmen bedeutsam. Vor allem die fortschreitende Globalisierung erhöht den Standortwettbewerbsdruck unter den Staaten. Aus diesem Grund fordern Think Tanks z.B. eine bessere Ausbildung der ArbeitnehmerInnen, Entbürokratisierung, Flexibilisierungen oder eine Senkung der Abgabenquote und der Lohn(neben)kosten. Unerlässlich ist aus Sicht der Think Tanks dafür auch ein Umbau des Sozialstaats. Dieser wird in derzeitiger Form als nicht länger leistbar angesehen. Durch die Kürzung von Sozialleistungen soll die Eigenverantwortung der BürgerInnen gesteigert, Missbrauch verhindert und der Zugang nur auf „wirklich Bedürftige“ beschränkt werden.

Beim Pensionssystem argumentieren Think Tanks ihre Forderungen nach Reformen vor allem mit dem demografischen Wandel (steigende Lebenserwartung), Veränderungen in der Erwerbsbiographie (steigende Ausbildungszeiten) und erneut mit der Notwendigkeit der Senkung der Lohnnebenkosten durch niedrigere Pensionsversicherungsbeiträge. Kritiker sind hingegen der Ansicht, dass damit nur BürgerInnen verunsichert werden sollen, um in weiterer Folge den Markt der privaten Pensionsvorsorge anzukurbeln.

Des Weiteren betonen Think Tanks in ihren Beiträgen, dass die Reformen auch zum Wohl der ArbeitnehmerInnen sind. So wird von Think Tanks z.B. argumentiert, dass Mindestlöhne die Arbeitssuche für Niedrigqualifizierte erschweren und Preissteigerungen verursachen. Kritiker des Neoliberalismus sind jedoch der Meinung, dass diese Forderung nur eine Profitsteigerung für mächtige Gruppierungen bezwecken soll. Ein weiteres Beispiel ist die Argumentation der Think Tanks, dass eine Verkürzung der Karenz- und Elternteilzeit ein Schutz für Frauen vor Gehaltseinbußen und niedrigen Pensionen ist. Hier halten Kritiker dagegen, dass es den Think Tanks weniger um das Wohl der Frauen geht, sondern dass erreicht werden soll, dass gut ausgebildete Frauen dem Arbeitsmarkt möglichst lange und flexibel zur Verfügung stehen.

Im Rahmen dieser Arbeit wurde aufgezeigt, dass die ausgewählten Think Tanks zum Großteil die gleichen Themengebiete in der Sozialpolitik zur Diskussion stellen. Ein Grund dafür ist, dass viele Think Tanks untereinander direkt oder indirekt vernetzt sind. Daher werden veröffentlichte Beiträge häufig von anderen Think Tanks ebenfalls aufgegriffen. Diese Multiplikation bewirkt, dass dadurch mehr Aufmerksamkeit für ein Thema gewonnen wird und, dass Medien auf unterschiedliche Quellen zurückgreifen können, wobei die Beiträge der Think Tanks teilweise sogar unverändert übernommen werden. Bisher wurde in Forschungen

der Umgang der Medien mit den Publikationen der Think Tanks jedoch noch wenig analysiert. Auch hinsichtlich der konkreten Auswirkungen der Arbeiten von Think Tanks auf die öffentliche Meinungsbildung und die politische Entscheidungsfindung bestehen noch Forschungslücken (vgl. Schögl/Plehwe 2015, 40).

Eine Herausforderung dabei ist, dass ForscherInnen in Österreich nicht auf alle Daten Zugriff haben, welche für genaue Analysen erforderlich wären. Es ist bspw. nicht bekannt, wie sich die Budgets der Think Tanks im Detail zusammensetzen. Während Think Tanks in anderen Ländern wie z.B. den USA die Verpflichtung haben umfangreiche Daten offenzulegen, gibt es in Österreich keine vergleichbaren Auflagen hinsichtlich Transparenz (vgl. ebenda, 30).

Literaturverzeichnis

- Agenda Austria (2018a): Mission Statement, <https://www.agenda-austria.at/ueberuns/mission-statement/>, Abruf am 20.05.2018.
- Agenda Austria (2018b): Über uns, <https://www.agenda-austria.at/ueberuns/>, Abruf am 21.05.2018.
- Agenda Austria (2018c): Förderkreis, <https://www.agenda-austria.at/ueberuns/foerderkreis/>, Abruf am 20.05.2018.
- Agenda Austria (2018d): Themen, <https://www.agenda-austria.at/themen/>, Abruf am 20.05.2018.
- Agenda Austria (2018e): AMS: Es ist endlich Zeit für Neues, <https://www.agenda-austria.at/ams-zeit-fuer-neues/>, Abruf am 13.05.2018.
- Agenda Austria (2018f): Zahl der offenen Stellen steigt dramatisch, <https://www.agenda-austria.at/zahl-der-offenen-stellen-steigt-dramatisch/>, Abruf am 13.05.2018.
- Agenda Austria (Hrsg.) (2017a): Das Regierungsprogramm 2017-2022. Eine Analyse aus Sicht der Agenda Austria, Wien. Online verfügbar unter: <https://www.agenda-austria.at/publikationen/regierungsprogramm-2017-2022/>, Abruf am 27.05.2018.
- Agenda Austria (2017b): Arbeitslos trotz Hochkonjunktur, <https://www.agenda-austria.at/arbeitslos-trotz-hochkonjunktur/>, Abruf am 13.05.2018.
- Agenda Austria (2017c): Mindestlohn: Mehr Probleme als Lösungen, <https://www.agenda-austria.at/warum-mindestlohn-mehr-probleme-schafft-als-loest/>, Abruf am 16.05.2018.
- Agenda Austria (2016): 5 Gründe, warum Österreich eine Pensionsreform braucht, <https://www.agenda-austria.at/fuenf-gruende-fuer-pensionsreform/>, Abruf am 25.05.2018.
- AMS (2018): Arbeitslosengeld, <https://www.ams.at/arbeitsuchende/arbeitslos-was-tun/geld-vom-ams/arbeitslosengeld#welchebedingungenmussenerfüllen>, Abruf am 14.09.2018.
- Arbeiterkammer (2018): Private Pensionsversicherung: Zahlt sie sich aus?, https://www.arbeiterkammer.at/beratung/konsument/Versicherungen/Private_Pensionsversicherung.html, Abruf am 07.09.2018.
- Atzmüller, Roland (2009): Die Entwicklung der Arbeitsmarktpolitik in Österreich. Dimensionen von Workfare in der österreichischen Sozialpolitik. In: Kurswechsel 4/2019, 24-34. Online verfügbar unter: http://www.beigewum.at/wordpress/wp-content/uploads/2009_4_024-34.pdf, Abruf am 14.09.2018.
- Austrian Institute (2015): Über uns, <http://austrian-institute.org/ueber-uns/>, Abruf am 28.06.2018.
- Avenir Suisse (2013): Agenda Austria gestartet, <https://www.avenir-suisse.ch/agenda-austria-gestartet/>, Abruf am 21.05.2018.
- BMASGK (Hrsg.) (2018): Grundlagen im Österreichischen Pensionssystem. Für das Jahr 2018 – Kurzfassung, Wien. Online verfügbar unter: <https://broschuerenservice.sozialministerium.at/Home/Download?publicationId=652>, Abruf am 25.05.2018.
- Brandstetter, Thomas/Pias, Claus/Vehlken, Sebastian (Hrsg) (2010): Think Tanks. Die Beratung der Gesellschaft, Zürich/Berlin: Diaphanes.

- Bundeskanzleramt (2017): Zusammen. Für unser Österreich. Regierungsprogramm 2017 – 2022, Wien. Online verfügbar unter: https://www.bundeskanzleramt.gv.at/documents/131008/569203/Regierungsprogramm_2017%E2%80%932022.pdf/b2fe3f65-5a04-47b6-913d-2fe512ff4ce6, Abruf am 30.04.2018.
- Bundeszentrale für politische Bildung (2012): Glossar, <http://www.bpb.de/politik/grundfragen/deutsche-verhaeltnisse-eine-sozialkunde/138404/glossar?p=23>, Abruf am 03.09.2018.
- Butterwegge, Christoph (2008): Rechtfertigung, Maßnahmen und Folgen einer neoliberalen (Sozial-)Politik. In: Butterwegge, Christoph/Lösch, Bettina/Ptak, Ralf (Hrsg.): Kritik des Neoliberalismus, 2. Auflage, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 135-219.
- Butterwegge, Christoph/Lösch, Bettina/Ptak, Ralf (Hrsg.) (2008): Kritik des Neoliberalismus, 2. Auflage, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Christl, Michael (2017): Pensionsreform – Keiner verliert außer der Politik, <https://www.agenda-austria.at/pensionsreform-keiner-verliert-ausser-der-politik/>, Abruf am 27.05.2018.
- Crouch, Colin (2011): Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus, Berlin: Suhrkamp Verlag.
- Christl, Michael/Kucsera, Dénes (2014): Elchtest für Österreichs Pensionssystem. Wie Schwedens Sozialdemokraten unsere Renten sicher, Discussion paper #2, Wien: Agenda Austria. Online verfügbar unter: <https://www.agenda-austria.at/publikationen/elchtest-pensionssystem/>, Abruf am 01.07.2018.
- Dachs, Herbert u.a. (Hrsg.) (2006): Politik in Österreich. Das Handbuch, Wien: Manzsche Verlags- und Universitätsbuchhandlung.
- Dürr, Ernst (1996): Die Soziale Marktwirtschaft. Ausgangspunkt, Programm und Realisierung, in: Schneider, Jürgen/Harbrecht, Wolfgang (Hrsg.): Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik in Deutschland (1933-1993), Stuttgart: Steiner Verlag, 383 – 395.
- EcoAustria (2017a): EcoAustria – Institut für Wirtschaftsforschung, <http://www.ecoaustria.at/index.php/89-home/92-das-institut>, Abruf am 22.05.2018.
- EcoAustria (2017b): EcoAustria stellt sich vor ..., <http://www.ecoaustria.at/index.php/ueberuns/dasinstitut>, Abruf am 22.05.2018.
- EcoAustria (2017c): Vorstand, <http://www.ecoaustria.at/index.php/ueberuns/vorstand>, Abruf am 22.05.2018.
- EcoAustria (2017d): Impressum, <http://www.ecoaustria.at/index.php/impressum>, Abruf am 22.05.2018.
- EcoAustria (2017e): Aufruf zur Pensionsreform, <http://www.ecoaustria.at/index.php/aufruf-zur-pensionsreform>, Abruf am 23.05.2018.
- EcoAustria (2017f): News und Presse, <http://www.ecoaustria.at/index.php/newsundpresse>, Abruf am 22.05.2018.
- EcoAustria (2017g): Publikationen & Downloads, <http://www.ecoaustria.at/index.php/pub>, Abruf am 27.05.2018.

- EcoAustria (2017h): Bei den Ausgaben Champions League, bei den Leistungen im Mittelfeld, <http://www.ecoaustria.at/index.php/newsundpresse/nachrichten/282-bei-den-ausgaben-champions-league-bei-den-leistungen-im-mittelfeld>, Abruf am 15.05.2018.
- EcoAustria (2017i): Reformbedarf trotz konjunktureller Erholung, <http://www.ecoaustria.at/index.php/newsundpresse/nachrichten/275-reformbedarf-trotz-konjunktureller-erholung>, Abruf am 14.05.2018.
- EcoAustria (2017j): 10,12 Euro pro Stunde: einer der höchsten Mindestlöhne Europas, <http://www.sozialpartner.at/wp-content/uploads/2018/03/SOPA-Aktivitaet%20C3%A4ten-und-Erfolge-2017.pdf>, Abruf am 16.05.2018.
- EcoAustria (2017k): Den Mindestlohn gibt es nicht umsonst, <http://www.ecoaustria.at/index.php/newsundpresse/nachrichtenarchiv/262-ecoaustria-mindestlohn>, Abruf am 16.05.2018.
- Gellner, Winand (1995): Ideenagenturen für Politik und Öffentlichkeit. Think Tanks in den USA und in Deutschland, Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Girkinger, Michael (2007): "Erklär' mir die Welt" - Neoliberale Bewusstseinsarbeit am Beispiel des Wiener Hayek Instituts. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 36 (2), 201-218. Online verfügbar unter: http://www.forschungsnetzwerk.at/downloadpub/oezpw_2007_2_7_Girkinger.pdf, Abruf am 01.07.2018.
- Gundinger, Martin (2014): Sichere Pensionen oder leere Versprechen?, <https://www.hayek-institut.at/sichere-pensionen-oder-leere-versprechen/>, Abruf am 25.05.2018.
- Hans-Böckler-Stiftung (2018): Atlas der Arbeit. Daten und Fakten über Jobs, Einkommen und Beschäftigung, https://www.boeckler.de/pdf/atlas_der_arbeit_2018.pdf, Abruf am 07.09.2018.
- Hartung, Lea (2010): „Half-an-idea machine“. Die Mont Pèlerin Society zwischen Gelehrten-Gesellschaft und Think Tank. In: Brandstetter, Thomas/Pias, Claus/Vehlken, Sebastian (Hrsg): Think Tanks. Die Beratung der Gesellschaft, Zürich/Berlin: Diaphanes, 87-111.
- Hayek, Friedrich August von (1994): Der Weg zur Knechtschaft, München: Olzog Verlag.
- Hayek-Institut (2018a): Organisation, <http://www.hayek-institut.at/organisation/>, Abruf am 27.04.2018.
- Hayek-Institut (2018b): Leitbild, <http://www.hayek-institut.at/leitbild/>, Abruf am 29.04.2018.
- Hayek-Institut (2018c): Die Herausforderungen für den Sozialstaat: Im Gespräch mit Barbara Kolm, <http://www.hayek-institut.at/herausforderungen-sozialstaat-barbara-kolm/>, Abruf am 15.05.2018.
- Hayek-Institut (2018d): Blog, <https://www.hayek-institut.at/blog/>, Abruf am 27.05.2018.
- Heisterkamp, Ulrich (2014): Think Tanks der Parteien? Eine vergleichende Analyse der deutschen politischen Stiftungen, Wiesbaden: Springer VS.
- Hiptmayr, Christina/Gepp, Joseph (2016): Die Meinungsfabrikanten: Wirtschaftsforschungsinstitute im Check. In: Profil, <https://www.profil.at/wirtschaft/meinungsfabrikanten-wirtschaftsforschungsinstitute-check-7592110>, Abruf am 06.09.2018.
- Kaufmann, Franz-Xaver (2005): Sozialpolitik und Sozialstaat: Soziologische Analysen, 2. Auflage, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

- Kolm, Barbara (2011): Think Tanks in Österreich. Nicht bloß denken sondern machen. In: Thierry, Feri (Hrsg.): Politikberatung in Österreich. Herausforderungen – Strategien – Perspektiven, Wien: Braumüller, 105-109.
- Kurbogaj-Ajeti, Resmije (2018): Das skandinavische Modell – ein Vorbild für Europa?, <http://www.hayek-institut.at/skandinavische-modell-vorbild-europa/>, Abruf am 14.05.2018.
- Lacchini, Fabio (2018): Durch Privatisierung zum Erfolg im Bildungswesen, <http://www.hayek-institut.at/privatisierung-erfolg-bildungswesen/>, Abruf am 14.05.2018.
- Lauber, Volkmar/Pesendorfer, Dieter (2006): Wirtschafts- und Finanzpolitik. In: Dachs, Herbert u.a. (Hrsg.): Politik in Österreich. Das Handbuch, Wien: Manzsche Verlags- und Universitätsbuchhandlung, 607-623.
- Lenk, Kurt/Franke, Berthold (1991): Theorie der Politik. Eine Einführung, 2. Auflage, Frankfurt u.a.: Campus Verlag.
- Lunzer, Gertraud (2006): Flat Tax – Ein Steuermodell für alle? In: WISO, 2/2006, 31-51. Online verfügbar unter: http://www.isw-linz.at/themen/dbdocs/LF_Lunzer_2_06.pdf, Abruf am 06.09.2018.
- Muhr, Karlheinz / Sonnleitner, Walter (2004): Wie funktioniert Wirtschaft wirklich. Ein Sachbuch für mehr Durchblick, Wien: Linde Verlag.
- Nordmann, Jürgen (2005): Der lange Marsch zum Neoliberalismus. Vom Roten Wien zum freien Markt – Popper und Hayek im Diskurs, Hamburg: VSA-Verlag.
- Ötsch, Walter/Pühringer Stephan (2015): Marktradikalismus als Politische Ökonomie. Wirtschaftswissenschaften und ihre Netzwerke in Deutschland ab 1945, ICAE Working Paper Series Nr. 38. Linz: Johannes Kepler Universität. Online verfügbar unter: https://www.jku.at/fileadmin/gruppen/108/ICAE_Working_Papers/wp38.pdf, Abruf am 02.07.2018.
- Pautz, Hartwig (2012): Think-Tanks, Social Democracy and Social Policy, Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Plehwe, Dieter/Walpen, Bernhard (1999): Wissenschaftliche und wissenschaftspolitische Produktionsweisen im Neoliberalismus. Beiträge der Mont Pélerin Society und marktradikaler Think Tanks zur Hegemoniegewinnung und -erhaltung. In: PROKLA Jg.29, Heft 115(2), 203-235.
- Poguntke, Sven (2016): Corporate Think Tanks: Zukunftsforen, Innovation Center, Design Sprints, Kreativsessions & Co., 2. Auflage, Wiesbaden: Springer Gabler.
- Ptak, Ralf (2008): Grundlagen des Neoliberalismus. In: Butterwegge, Christoph/Lösch, Bettina/Ptak, Ralf (Hrsg.): Kritik des Neoliberalismus, 2. Auflage, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 13-133.
- Ptak, Ralf (2004): Vom Ordoliberalismus zur Sozialen Marktwirtschaft. Stationen des Neoliberalismus in Deutschland, Wiesbaden: Springer VS.
- Pühringer, Stephan/Stelzer-Orthofer, Christine (2016): Neoliberale Think Tanks als (neue) Akteure in österreichischen gesellschaftspolitischen Diskursen, ICAE Working Paper Series 44. Linz: Johannes Kepler Universität. Online verfügbar unter: https://www.jku.at/fileadmin/gruppen/108/ICAE_Working_Papers/wp44.pdf, Abruf am 01.07.2018.

- Schellhorn, Franz (2018): Männer an den Herd!, <https://www.agenda-austria.at/maenner-an-den-herd-kommentar/#more-16792>, Abruf am 14.05.2018.
- Schellhorn, Franz (2017): Pension mit 60 ist eine Falle, <https://www.agenda-austria.at/pension-mit-60-ist-eine-falle/>, Abruf am 25.05.2018.
- Scherer, Jakob (2016): Freiheit, Gleichheit, Inklusivität. Der Ordoliberalismus als Ausgangspunkt einer neuen sozialen Ordnungspolitik. Friedrich Ebert Stiftung. Online verfügbar unter: <http://library.fes.de/pdf-files/managerkreis/12642.pdf>, Abruf am 20.04.2018.
- Schlögl, Mathias/Plehwe, Dieter (2015): Schlagseite programmiert. Die neue Generation parteiischer Think Tanks in Österreich. In: Kurswechsel 2/2015, 28-43. Online verfügbar unter: http://www.beigewum.at/wordpress/wp-content/uploads/KW_2_2015_Schloegl_Plehwe_korr.pdf, Abruf am 01.07.2018.
- Schneider, Jürgen / Harbrecht, Wolfgang (Hrsg) (1996): Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik in Deutschland (1933-1993), Stuttgart: Steiner Verlag.
- Szemeliker, Leo (2009): Industrie setzt Wifo auf Diät. In: Der Standard, <https://derstandard.at/1244460432871/Kuerzung-der-Gelder-Industrie-setzt-Wifo-auf-Diaet>, Abruf am 06.09.2018.
- Sozialpartnerschaft Österreich (Hrsg.) (2017): Aktivitäten und Erfolge der österreichischen Sozialpartner 2017, o.O. Online verfügbar unter: <http://www.sozialpartner.at/wp-content/uploads/2018/03/SOPA-Aktivit%C3%A4ten-und-Erfolge-2017.pdf>, Abruf am 16.05.2017.
- Speth, Rudolf (2006): Advokatorische Think Tanks und die Politisierung des Marktplatzes der Ideen, Berlin FES betrifft: Bürgergesellschaft 24. Online verfügbar unter: <http://library.fes.de/pdf-files/kug/03818.pdf>, Abruf am 01.07.2018.
- Stone, Diane/Ullrich, Heidi (2003): Policy Institutes and Think Tanks in Western Europe, Center for Policy Studies. Discussion Paper No. 24. Online verfügbar unter: http://pdc.ceu.hu/archive/00006981/01/LGI_Policy-Research-Institutes-Paper_2003.pdf, Abruf am 01.07.2018.
- Tálos, Emmerich/Wörister, Karl (1994): Soziale Sicherung im Sozialstaat Österreich. Entwicklung – Herausforderungen – Strukturen, Baden-Baden: Nomos Verlagsges.
- Tálos, Emmerich (2001): Sozialpolitik zwischen konservativer Tradition und neoliberaler Orientierung. In: Kurswechsel. Zeitschrift für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen, 1/2001, 17-29. Online verfügbar unter: http://www.beigewum.at/wordpress/wp-content/uploads/017_emmerich_talos.pdf, Abruf am 01.07.2018.
- Ther, Philipp (2014): Die neue Ordnung auf dem alten Kontinent. Eine Geschichte des neoliberalen Europa, Berlin: Suhrkamp Verlag.
- Thierry, Feri (Hrsg.) (2011): Politikberatung in Österreich. Herausforderungen – Strategien – Perspektiven, Wien: Braumüller.
- Tögel, Andreas (2017): Alle Jahre wieder: OXFAM beklagt zunehmende Ungleichheit, <http://www.hayek-institut.at/alle-jahre-wieder-oxfam-beklagt-zunehmende-ungleichheit/>, Abruf am 16.05.2018.
- Walpen, Bernhard (2000): Von Igeln und Hasen. Oder: Ein Blick auf den Neoliberalismus. In: UTOPIE kreativ, Heft 121/122, 1066-1076.

- WIFO (2018): WIFO-Partner und Goldene Förderer, <https://www.wifo.ac.at/jart/prj3/wifo/data/uploads/downloads/formulare/WIFO-Partner.pdf>, Abruf am 06.09.2018.
- Witt, Ulrich (2012): Ordnungsökonomik und Soziale Marktwirtschaft in Bedrängnis. In: ORDO, Heft 63/2012, 159-178. Online verfügbar unter: https://www-1.wiso-2.net-1.de-1p0hw2zft0166.han.ubl.jku.at/document/ORDO_809D562474B5F153F25B3360B58BC73C, Abruf am 05.07.2018.
- Wullweber, Joscha/Graf, Antonia/Behrens, Maria (Hrsg.) (2013): Theorien der Internationalen Politischen Ökonomie, Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Young, Brigitte (2013): Ordoliberalismus – Neoliberalismus – Laissez-faire-Liberalismus. In: Wullweber, Joscha/Graf, Antonia/Behrens, Maria (Hrsg.): Theorien der Internationalen Politischen Ökonomie, Wiesbaden: Springer Fachmedien, 33-48.